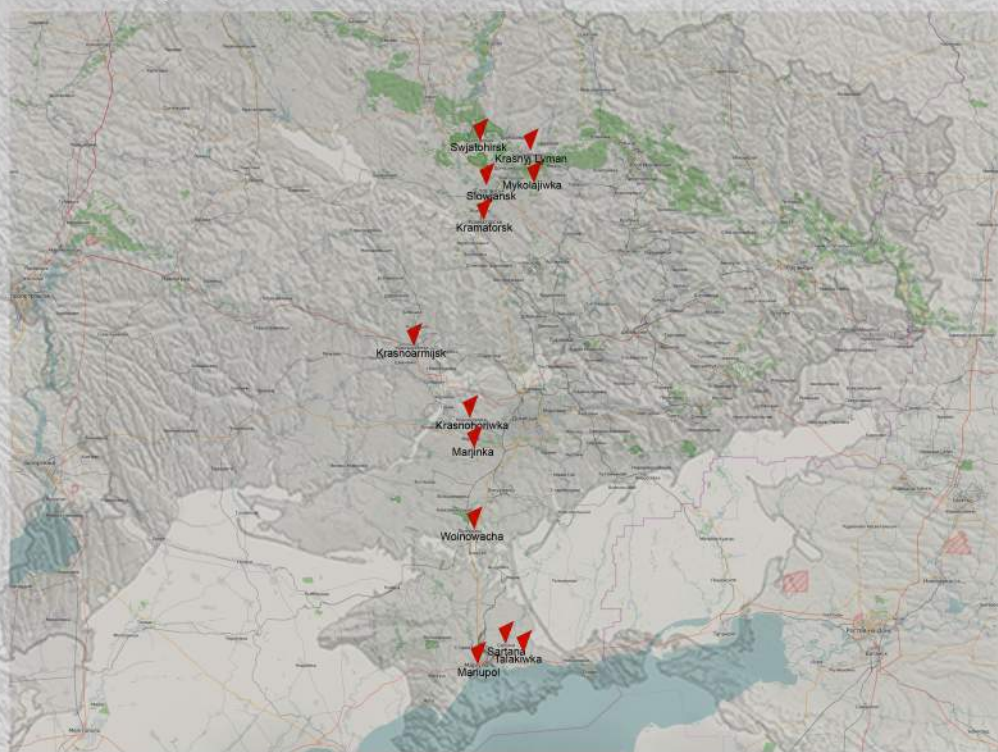




# Die Situation der Zivilbevölkerung in den Gebieten Donezk und Luhansk

III. Bericht der Internationalen Beobachtermission im Gebiet Donezk (28.09.- 04.10.2015)



Europäische Unterstützung für effektives Menschenrechtsmonitoring in der Ostukraine



in Kooperation mit



Kharkiv Human  
Rights Protection  
Group

HR HELSINKI FOUNDATION  
for HUMAN RIGHTS

Europäischer Austausch  
European Exchange



# Impressum

## Herausgeber:

**Deutsch-Russischer Austausch e.V.**

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80 -0

Telefax: 030 / 44 66 80 -10

E-Mail: [info@austausch.org](mailto:info@austausch.org)

[www.austausch.org](http://www.austausch.org)

<http://www.civicmonitoring.org/>

Bericht vorbereitet von Kharkiv Human Rights Protection Group (Charkiv) und dem Menschenrechtszentrum Memorial (Moskau), redigiert von der International Partnership for Human Rights (Brüssel / Kiew)

## Übersetzung:

Evghen Berlev, Martina Steis

## Layout:

Brigitta Encke, Dipl. Digital Artist

## Druck

[kopierladen-berlin.de](http://kopierladen-berlin.de)

© DRA - Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Berlin, November 2015

Gefördert vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland.



Auswärtiges Amt

Alle Meinungen, die in diesem Bericht zum Ausdruck gebracht werden, sind die der Autoren und geben nicht notwendigerweise die offiziellen Positionen des Deutsch-Russischen Austausches e.V., der Charkiver Menschenrechtsgruppe, von Vostok SOS, weiterer an den Missionen beteiligten NGOs oder des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland wieder. Bei Zitaten aus dem Bericht ist ein Hinweis auf die Quelle erforderlich.

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Einleitung

- Methodik, Ziele und Aufgaben der Beobachtungsreise 4

## 2. Hauptteil

- **2.1 Mariupol** 5
  - Bildung 7
  - Binnenflüchtlinge 8
  - Humanitäre Situation 10
  - Bewegungsfreiheit 12
  - Beschuss des Stadtteils Wostotchnyj (24.01.2015) 12
  - Aktivist\_innen aus der Zivilgesellschaft 14
  - Zusätzliche Beobachtung: Versammlung im Zentrum 16
- **2.2 Sartana** 18
  - Bildung 19
  - Medizinische Versorgung 19
  - Binnenflüchtlinge 20
  - Beschuss 20
- **2.3 Talakiwka** 23
  - Bildung 23
- **2.4 Wolnowacha** 24
  - Der Bezirk Wolnowacha 25
  - Bildung 26
  - Medizinische Versorgung 26
  - Binnenflüchtlinge 27
  - Militär 27
- **2.5 Krasnohoriwka** 28
  - Bildung 29
  - Medizinische Versorgung 31
  - Das Krankenhaus 32
- **2.6 Marjinka** 35
  - Bildung 39
  - Medizinische Versorgung 39
  - Weitere Beobachtungen: Gespräch in der St. KasanKirche 39

• 2.7 Mykolajiwka	40
• Beschuss	42
• 2.8 Kramatorsk	43
• Binnenvertriebene	43
• 2.9 Swjatohirsk	45
• Binnenvertriebene	45
• 2.10 Krasnyj Lyman	46
• Beschuss des Eisenbahnkrankenhauses	46
<b>3. Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>47</b>
• 3.1 Verletzung des Rechtes auf Eigentum durch Untätigkeit der Behörden	47
• 3.2 Verletzung des Rechtes auf Information	47
• 3.3 Achtung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung	48
• 3.4 Verletzung des Rechtes auf Bewegungsfreiheit	48
• 3.5 Unzureichende Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte das Recht auf Zugang zu kommunalen Leistungen, zu Bildung, medizinische Hilfe usw.	49
• 3.6 Rechte der Binnenvertriebenen	50

Vom 28. September bis zum 04. Oktober 2015 fand eine gemeinsame Reise von Vertretern russischer, ukrainischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen in die Zone der Anti-Terror-Operation (ATO)<sup>1</sup> im Donezker Gebiet statt.

Die Gruppe setzte sich aus

- Ludmila Klotschko (Menschenrechtsgruppe Charkiw (KhPG), Ukraine),
- Wladimir Gluschtschenko (KhPG),
- Alexandr Pawlitschenko (KhPG),
- Martina Steis (Deutsch-Russischer Austausch e.V., Berlin).
- Oleg Orlow (Menschenrechtszentrum Memorial, Moskau).
- Jan Ratschinskij (Menschenrechtszentrum Memorial, Moskau)

zusammen.

Die Gruppe fuhr folgende Route und besuchte die angegebenen Städte und Ortschaften:

28.09.2015: Charkiw - Mariupol

29.09.2015: Mariupol

30.09.2015: Sartana - Talakiwka

01.10.2015: Wolnowacha - Krasnoarmijsk

02.10.2015: Krasnohoriwka

03.10.2015: Marjinka - Kramatorsk

04.10.2015: Mykolajiwka - Swjatohirsk - Krasnyj Lyman - Charkiw

Das Projekt wurde mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland realisiert.

## **Methodik, Ziele und Aufgaben der Beobachtungsreise**

Ziel der Reise war es, die Gebiete zu besuchen, die in unterschiedlicher Weise vom kriegesischen Konflikt in der Ostukraine betroffen waren. Dabei handelte es sich um Gebiete, die 2014 unter die Kontrolle der Anhänger der sogenannten Volksrepublik Donezk („DNR“<sup>2</sup>) gekommen waren und dann von der ukrainischen Armee zurückerobert wurden, oder die sich in der Zone der Auseinandersetzung zwischen ukrainischer Armee und Anhängern der „DNR“ befanden und beschossen wurden, oder auf deren Gebiet sich Binnenflüchtlinge ansiedelten u.a..

Die Aufgabe bei den Besuchen der Beobachtungsmission aus Menschenrechtler\_innen und Journalist\_innen war es, die verschiedenen Aspekte bei der Beachtung der Menschenrechte in den Orten zu untersuchen, die sich in der Zone des bewaffneten Konfliktes befinden. Die Mission sollte untersuchen:

---

<sup>1</sup> „Anti-Terror-Operation“ ist in der Ukraine als Bezeichnung für die Maßnahmen der Regierung im vom bewaffneten Konflikt betroffenen Gebiet eingeführt worden. Die wichtigsten Dokumente, die die Durchführung der Anti-Terror-Operation (ATO) im Osten regeln: Erlass des Präsidenten der Ukraine vom 14.04.2014, Nr. 405/2014, am 14.04.2014 in Kraft getreten „Über die Entscheidung des Sicherheitsrates vom 13.04.2014 „Über unaufschiebbare Maßnahmen zur Überwindung der terroristischen Gefahr und für die Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“.

<sup>2</sup> „DNR“ [Donetskaja narodnaja respublika] ist die Abkürzung für die selbsterklärte „Donezker Volksrepublik“.

- die Bedingungen, Möglichkeiten und Einschränkungen für das Bildungswesen;
- die Verfügbarkeit medizinischer Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Konfliktzone;
- die Situation der sozialen Absicherung (Rentenzahlungen, Vergünstigungen, Zuschüsse, andere Sozialleistungen);
- Zerstörungen und Schäden an Wohn- und anderen Gebäuden.

Bei den Besuchen vor Ort sollten die Beobachter\_innen aus drei Ländern und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den tatsächlichen Zustand und die menschenrechtliche Situation klären und für den Fall von Verletzungen Empfehlungen zu deren Beseitigung geben.

Es gab folgende Quellen für das Monitoring: Vertreter offizieller Strukturen (örtliche Selbstverwaltung, örtliche Abteilungen zentraler Behörden wie etwa des Bildungs- und Gesundheitsministeriums u.a.), direkte Besichtigung der Orte, Treffen und Gespräche mit Menschen vor Ort sowie Treffen mit Vertreter\_innen örtlicher Nichtregierungsorganisationen.

Alle Missionsteilnehmer nahmen an der Vorbereitung des Berichtes über die Beobachtungen teil, nach der Reise stimmten sie Schlussfolgerungen und Empfehlungen in einer gemeinsamen Sitzung ab, entschieden, welche gesammelten Materialien im gemeinsamen Bericht veröffentlicht werden sollten und welche Empfehlungen im Namen der Gruppe formuliert werden sollten. Bei Uneinigkeit über die Entscheidung für Schlussfolgerungen und Empfehlungen erfolgt die Entscheidung mit einfacher Mehrheit, bei Stimmengleichheit ist die Entscheidung der Gruppenleiterin ausschlaggebend. Dabei kann jede\_r Teilnehmer\_in eine abweichende Meinung oder einen Widerspruch gegen die Meinung der Mehrheit formulieren und schriftlich festhalten.

Die im Laufe der Monitoring-Mission gesammelten Materialien (erhaltene Unterlagen, Foto- und Videomaterial, Zeugnisse von Befragungen u.a.) sind gemeinsames Eigentum aller Missionsteilnehmer\_innen und können sowohl in gemeinsamen als auch in eigenen Berichten oder anderen Publikationen verwendet werden unter Beachtung der ukrainischen Gesetzgebung zum Datenschutz.

## 2.1 Mariupol

Mariupol ist eine Stadt im Donezker Gebiet im Südosten der Ukraine am Asowschen Meer an der Mündung der Flüsse Kalmius und Kaltschik. Zum 01.01.2014 betrug die Einwohnerzahl 458.533 Einwohner (Quelle: ukrainische Statistikbehörde), unter Einbeziehung der Ortschaften Staryj Krym, Sartana, Talakiwka, die dem Stadtrat unterstellt sind, waren es zum gleichen Zeitpunkt 480.406 Einwohner. Seit Juni 2014 ist Mariupol der Standort des Rates des Gebietes Donezk.

Mariupol ist die größte und strategisch entscheidende Stadt für die Region in der Südostukraine und unmittelbar an der Kontaktlinie (Frontlinie) zwischen den ukrainischen Sicherheitskräften und den Anhängern der selbsterklärten "DNR". Wegen dieser besonderen Bedeutung der Stadt und da ein militärischer Konflikt um sie – der die Situation im Krisengebiet erneut grundsätzlich verändern würde – noch immer nicht ausgeschlossen scheint, werden hier detaillierte Schilderungen zur

Konfliktgeschichte und aktuellen Situation in der Großstadt angeführt.

Seit August 2014 verläuft die Kontaktlinie zwischen regierungskontrolliertem Territorium und der selbsterklärten „DNR“ in Entfernung von zum Teil nur 15 bis 20 Kilometer vom Stadtzentrum. Einzelne kleinere Ortschaften entlang dieser Linie wie die Siedlung Schyrokyne<sup>3</sup> sind durch Kampfhandlungen zerstört worden und deren Einwohner oft nach Mariupol geflüchtet. Auch das Territorium der Stadt selbst ist im Jahr 2015 unmittelbar von Kampfhandlungen betroffen gewesen (s.u.).

Am 23.02.2014 gab es in Mariupol eine Kundgebung des „Antimaidans“<sup>4</sup>, bei dem die Redner\_innen die Versammelten dazu aufriefen, zu den Waffen zu greifen. Etwa 600 Personen zogen zum Lenin-Denkmal, wo sich die Anhänger\_innen des Euromaidans aufhielten. Viele Vertreter\_innen des Antimaidans trugen Georgsbänder<sup>5</sup>, einige trugen Latten und Schlagstöcke. Ein Anführer verkündete von der Bühne die Bereitschaft der Antimaidan-Anhänger\_innen, die Waffen zu erheben.

Im März 2014 fanden Versammlungen sowohl von Befürworter\_innen als auch Gegner\_innen des Euromaidans statt. Nach dem gewaltsamen Tod von Dmitrij Tschernjajewskij, einem Donezker Aktivisten des Euromaidan, bei einer Kundgebung am 13. März in Donezk erklärte der Mariupoler Bürgermeister Jurij Choltubej, dass die Stadtverwaltung den Interessen aller Bürger dienen müsse, unabhängig von deren politischer Überzeugung.

Im April 2014 erlangte die selbsterklärte „Volksrepublik Donezk“ Kontrolle über die Stadt.

Am Abend des 03.05.2014 kam es im Zentrum Mariupols zu einer Schießerei. Die Einwohner\_innen gingen davon aus, dass die aktive Phase der Anti-Terror-Operation begonnen habe. Pro-russische Demonstrant\_innen besetzten die städtische Verwaltung des

---

3 Zum Zeitpunkt der Beobachtungsmission gab es in Schyrokyne keine Zivilbevölkerung mehr, der Ort konnte nicht besucht werden, da die Gefahr durch Blindgänger und Minen zu groß war. Derzeit ist es unklar, ob das Dorf wieder aufgebaut wird. Für die Zukunft des Ortes gibt es viel diskutierte Varianten:

a) Schyrokyne solle in das Dorf Winogradnoe eingemeindet und so in die Verwaltung von Mariupol überführt werden. Damit könne die Stadt sich um die Versorgung der Bewohner\_innen von Schyrokyne kümmern. Das Dorf müsse wieder aufgebaut werden und die Menschen bräuchten eine Rückkehrmöglichkeit.

b) Man solle auf ein Ende des Krieges warten und dann Schadensersatz von den dafür Verantwortlichen einfordern. Dieser Prozess könne sich unendlich hinziehen.

c) Die Bewohner\_innen von Schyrokyne sollten in der Stadt in Mehrfamilienhäusern untergebracht werden. Dem entgegen steht die Meinung, dass Dorfbewohner sich nicht an das Leben in der Stadt gewöhnen könnten, die sich durch Landwirtschaft, Fischerei und Vermietung an Touristen ernährten hatten.

4 „Antimaidan“ war ab dem späten November 2013 die Bezeichnung für Demonstrationen und Bewegungen zur Unterstützung der Regierung unter Führung des damaligen Präsidenten Janukowitsch, die explizit gegen den oppositionellen „Euromaidan“ gerichtet waren. Beobachtern erschienen einige dieser Antimaidan-Demonstrationen als von der Regierungspartei organisierte und teilweise durch bezahlte Demonstranten dominierte Veranstaltungen. Nach dem Regierungswechsel in der Ukraine traten Anhänger des alten Systems vor allem im Osten und Süden weiterhin als „Antimaidan“ auf.

5 Das „Georgsband“ (Sankt-Georgs-Band) besteht aus einem Muster von drei schwarzen und zwei orangen Streifen. Erstmals wurde es im 18. Jahrhundert als militärische Auszeichnung für besondere Tapferkeit an ganze Einheiten verliehen. Diese zaristische Tradition wurde in der Sowjetunion ab dem September 1941 nach dem Überfall des NS-Reiches wieder aufgegriffen. Ab 1998 wurde diese nunmehr sowjetische Tradition wiederum in der Russischen Föderation als militärische Auszeichnung wiederbelebt, ab 2005 wurde es in Russland und anderen postsowjetischen Ländern als Zeichen des Gedenkens von einem allgemeinen Publikum verwendet. Ab Februar 2014 erschien das Georgsband als individuelle Schleife, Wimpel oder Fahne bei pro-russischen Aktivisten auf der Krim und in Ostukraine, die sich gegen die neue ukrainische Regierung stellten und dem Georgsband eine „antifaschistische“ Konnotation zumaßen.

Innenministeriums am Morgen des 9. Mai. Ein Teil der lokalen Miliz<sup>6</sup> half den Antimaidan-Aktivisten, die mittlerweile auch als "Separatisten" auftraten, bei der Besetzung und geriet in eine Auseinandersetzung mit Truppen des Innenministeriums, die das Feuer auf das Gebäude mit schweren Maschinengewehren gepanzerter Mannschaftswagen eröffneten. Nach Angaben des Innenministeriums nahmen 50 "Separatisten" mit automatischen Waffen teil. Sicherheitskräfte der Ukraine wurden zur Polizeistation der Miliz geschickt, um sie der Kontrolle der Bewaffneten zu entziehen; während der Stürmung geriet das Gebäude in Brand. Bei den Ereignissen im Mai starben nach unterschiedlichen Angaben bis zu zehn Personen. Am 13. Juni 2014 erlangte die ukrainische Regierung wieder die Kontrolle über die Stadt. Nachdem die Einheiten der "DNR" aus Mariupol vertrieben worden waren, wurde auf Veranlassung des neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko noch am 13. Juni die Donezker Gebietsverwaltung vorübergehend nach Mariupol verlegt und befand sich dort bis zum 11. Oktober 2014. Heute befinden sich der Rat des Gebietes Donezk und die Donezker militärisch-zivile Verwaltung in Kramatorsk. Die Vertretungen der Sicherheitskräfte in der Region verblieben in Mariupol.

## Bildung

Die Beobachter\_innen trafen sich mit Sinowija Wladimirowna Dmitriewa, Leiterin des Bildungsdezernats in Mariupol. Das Dezernat befindet sich gegenüber dem ausgebrannten Gebäude des Stadtrates in einem Seitenflügel des städtischen Lyzeums.

Die Beobachter erhielten folgende Informationen über die Schul- und Vorschulbildung:

*Die Stadt hat 70 Schulen (68 kommunale, zwei private), 88 Kindergärten und elf außerschulische Bildungseinrichtungen. Derzeit gibt es nur 32.000 Schüler\_innen, vor 20 Jahren waren es 60.000. 4.000 Kinder wurden dieses Jahr eingeschult. In zehn Schulen wird ausschließlich und von der ersten bis zur elften Jahrgangsstufe auf Ukrainisch unterrichtet. 23 Schulen unterrichten alle Fächer auf Russisch, wobei Ukrainisch als Fach Pflicht ist. 35 Schulen sind gemischt, d.h. es gibt ukrainisch- und russischsprachige Klassen.*

*Insgesamt gab es in Mariupol im vorletzten Jahr 531 Klassen mit ukrainischsprachigem Unterricht, im letzten Jahr 539 Klassen, in diesem Jahr 549.*

*Familien, die die Stadt verlassen hatten, kehren jetzt zurück; etwa zehn Schüler\_innen kommen jede Woche an.*

*In den Kindergärten sind aktuell 15.000 Kinder.*

*Alle Schulen sind vollständig mit Lehrbüchern ausgestattet, abgesehen von den Lehrbüchern für die sechste und siebte Klasse, die noch nicht herausgegeben wurden.*

*Kinder, die mit ihren Eltern aus den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten kommen, haben freien Zugang zu städtischen Schulen und Kindergärten (1.595 Schulkinder, 575 Kindergartenkinder). Wenn sie eine Bescheinigung von einer Einrichtung der selbsternannten "Volksrepublik Donezk" haben, dass sie eine bestimmte Klasse beendet haben, müssen sie sich einer Prüfung unterziehen (es gibt 100 bis 150 derartige Fälle) und werden benotet. Aufgrund der Testergebnisse werden sie einer Jahrgangsstufe zugeteilt, die ihrem Wissensstand entspricht. Wer*

---

<sup>6</sup> Polizei, gemäß der in der Sowjetunion eingeführten Bezeichnung

*die neunte Klasse beendet hat, muss eine Prüfung bestehen, um in die zehnte Klasse vorzurücken. Zwei Schulen erteilen Fernunterricht für Kinder auf nicht von der Ukraine kontrolliertem Gebiet.*

*Falls ein\_e Absolvent\_in der elften Klasse, mit der die Schulzeit beendet ist, aus den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten kommt und ein Zeugnis mit einem Stempel der selbst ernannten "DNR" vorlegt, muss die Abschlussprüfung der elften Klasse bestanden werden, um ein in der Ukraine gültiges Dokument zu erhalten. Nach erfolgreicher Prüfung erhält er/sie ein Zeugnis und kann eine Hochschulbildung beginnen. Es gibt also ein Verfahren für die Erteilung eines Schulabschlusszeugnisses für Kinder, die aus den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten kommen.*

*Lehrer\_innen, die aus den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten kommen, finden in Bildungseinrichtungen Arbeit. Es gibt ausreichend Lehrer\_innen in den Schulen.*

*Es gibt keine Lohnrückstände gegenüber den Lehrer\_innen.*

*Schulen, Internate und Kindergärten werden aus dem städtischen Haushalt finanziert.*

*Kinder der ersten bis vierten Klasse sowie Waisen, Behinderte und Kinder aus kinderreichen Familien erhalten kostenlos ein warmes Frühstück.*

## **Binnenflüchtlinge**

Um das Ausmaß der sozialen Probleme zu klären, trafen sich die Beobachter\_innen in der Stadtverwaltung, im Zentrum für Soziale Dienste für Familien, Kinder und Jugendliche mit Tatjana Anatolewna Lomakina, Stellvertreterin des Stadtoberhauptes im sozialen Bereich.

Frau Lomakina teilte mit, dass in Mariupol 80.000 Binnenflüchtlinge (IDPs) registriert seien. Sie ließen sich in folgende Gruppen unterteilen:

1. Personen, deren Wohnraum zerstört oder zu gefährlich für die Bewohner\_innen sei und die in Übergangszentren für Binnenflüchtlinge oder bei Verwandten oder Bekannten untergebracht seien oder Wohnraum mieteten;
2. Personen, die zum Gelderwerb aus den nicht von Kiew kontrollierten Gebieten kommen und häufig hin- und her führen;
3. Rentner\_innen, die in Mariupol registriert seien, um in gewissen Abständen ihre Rentenzahlungen abzuheben;
4. Personen aus den nicht von Kiew kontrollierten Gebieten, die sich zwecks des Erhalts medizinischer Hilfe hier registrierten.

Ständig lebten in Mariupol etwa 35.000 Binnenflüchtlinge.

Eine sehr schwierige Frage sei die Unterbringung der Binnenflüchtlinge. Dafür seien Bürogebäude umgestaltet worden, wobei auch die städtische Kompetenz überschritten worden sei, sowie leerstehende Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt befinden.

Dadurch seien 18 Aufnahmezentren für IDPs mit einer Kapazität für insgesamt 1.500 Personen entstanden; diese Zentren würden vollständig aus dem städtischen Haushalt finanziert. Das sei eine Übergangsmaßnahme zur Lösung der Situation im kritischsten Moment gewesen, als es

einen großen Zustrom von IDPs nach Mariupol gab. Inzwischen habe der Großteil der IDPs diese Zentren verlassen, die einen hätten Wohnungen gemietet, die anderen seien zurückgekehrt, wieder andere seien in andere Regionen der Ukraine gezogen. Die IDPs, die in andere Regionen der Ukraine wollen, erhalten vom Katastrophenschutzministerium kostenlose Fahrkarten. Das hätten etwa 1.000 IDPs genutzt.

Die Bewohner\_innen des zerstörten Ortes Schyrokyne seien anfänglich auch in diesen Zentren untergebracht worden. Jetzt habe der Großteil die Zentren verlassen und sei bei Verwandten oder in Mietwohnungen untergekommen.

Aktuell befänden sich dort noch 150 Personen. Viele Zentren stünden für eine Neuaufnahme bereit. Unter den IDPs gebe es auch solche, die bereits vor dem Krieg unzureichend sozial integriert gewesen seien. Nach Angaben unserer Gesprächspartnerin seien hauptsächlich genau diese in den Zentren für IDPs verblieben, sie wollten nicht arbeiten, obwohl ihnen freie Stellen angeboten würden, und wollten die Zentren nicht verlassen. Leider reichte die Zeit der Beobachtungsmission nicht für den Besuch in einem dieser Zentren.

Viele IDPs mieteten Wohnraum, wobei sie häufig nur die Nebenkosten zahlten. Allerdings gäben die neuen kommunalen Tarife ernsten Anlass zur Besorgnis. IDPs könnten dafür finanzielle Unterstützung erhalten, aber nach der Gesetzgebung brauche es dafür einen Mietvertrag. Ohne Mietvertrag sei es für den Erhalt von Leistungen notwendig, dass der Binnenvertriebene ein Konto habe. Aber die Wohnungseigentümer haben natürlich Bedenken, eine solche Umstrukturierung vorzunehmen. Im Ergebnis erhalte ein großer Teil der IDPs keine Leistungen. Dieses Problem müsse gelöst werden. Im Regelfall mieteten IDPs Wohnraum nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz, ohne eine Meldebescheinigung und könnten keine finanzielle Hilfe erhalten.

Im August 2014 [“als die Panzer kamen”<sup>7</sup>] verließen viele Bewohner\_innen Mariupols die Stadt, ebenso wie viele IDPs (nach Odessa und in andere Städte). Die Mariupoler\_innen kamen größtenteils später wieder zurück.

Die Gruppe für sozial-psychologische Hilfe arbeitet laut Lomakina jetzt zu 70 Prozent mit IDPs. Internationale Gruppen arbeiteten ebenfalls nicht nur mit IDPs, sondern auch mit den Bewohner\_innen der Stadt.

---

7 Im August 2014 gab es eine Offensive bewaffneter Formierungen der “DNR” auf Mariupol, mit der Eroberung der Stadt wäre ein Landkorridor zur Krim möglich gewesen. Vgl. <http://www.independent.co.uk/voices/ukraine-crisis-all-eyes-turn-to-mariupol-as-separatist-showdown-looms-9697961.html>

## Humanitäre Situation

Die **internationale Hilfe**, die die Stadt erreicht, wird von der Stadtverwaltung wie folgt aufgeteilt: 70 Prozent gehen an die Binnenvertriebenen, 30 Prozent an die ständigen Einwohner\_innen der Stadt.

Auch die Mariupoler\_innen spendeten humanitäre Hilfe an die IDPs: sie sammelten Lebensmittel, Kleidung usw.. Seit August 2014 leistete die Stiftung Rinat Achmetovs<sup>8</sup> Hilfe in Form von Lebensmitteln an eine Reihe von besonders bedürftigen Personengruppen unter den IDPs (Personen über 65 Jahren, Behinderte, alleinerziehende Mütter, kinderreiche Familien). In den Gebieten direkt an der Kontaktlinie würden auch örtliche Bewohner aus diesen Kategorien versorgt. Anfangs seien in Mariupol 15.000 Personen unterstützt worden, jetzt, wegen der geringeren Zahl an IDPs in Mariupol, noch 3.000 bis 4.000 Personen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen bringe weitere Hilfe: Decken, Kinderkleidung, Schuhe, Heizgeräte, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes: Betten und Kissen.

Die Stiftung von Rinat Achmetow hat zwei große Logistikzentren, eines in Mariupol, das andere in Donezk, in denen die humanitäre Hilfe (Lebensmittel) ankommt, hier werden die Lebensmittelpakete gepackt und im ganzen Donezker Gebiet verteilt (aus Mariupol erfolgen die Lieferungen auf das von der Ukraine kontrollierte Gebiet). Beim Besuch des Logistikzentrums erzählte ein Mitarbeiter:

*Aus Dnipropetrowsk kommen die Lastwagen-Kolonnen mit humanitärer Hilfe hierher und nach Donezk. Von hier wird die Hilfe in den Ortschaften des Donezker Gebietes verteilt, insgesamt sind 30 Städte erfasst.*



**Mitarbeiter der Stiftung von Rinat Achmetow zeigen den Inhalt eines Standardpaketes mit Lebensmitteln, das Bedürftige einmal monatlich erhalten.**

<sup>8</sup> Rinat Achmetow ist einer der wichtigsten Unternehmer in Ukraine; Eigentümer des Stahlkonzerns Metinvest, laut "Forbes" ist er der reichste Mensch der Ukraine. Insbesondere im ukrainischen Osten, darunter auch in Mariupol, nimmt er eine wirtschaftlich beherrschende Stellung ein.

*Gewöhnlich bringen die Lastwagen Lieferungen für 25.000 Lebensmittelpakete und kommen zwei Mal monatlich. Bislang gab es insgesamt 28 Lieferungen.*

*Derzeit werden in Mariupol nur Binnenflüchtlinge unterstützt, die bestimmte Kriterien erfüllen. Bei der Erstellung der Listen derer, die Hilfe erhalten, helfen Einrichtungen der Sozialfürsorge. In Orten an der Kontaktlinie erhalten neben Binnenflüchtlingen auch diejenigen Einwohner\_innen Hilfe, die die Kriterien erfüllen.*

*Auf von der Ukraine kontrolliertem Gebiet:*

*Hilfspakete erhalten nur diejenigen Flüchtlinge, die offiziell registriert sind und zu folgenden Kategorien gehören:*

- Menschen mit einer Behinderung ersten und zweiten Grades,*
- alleinerziehende Elternteile mit minderjährigen Kindern (auch Witwen und Witwer),*
- Familien mit behinderten Kindern,*
- Familien mit Pflegekindern,*
- Behinderte, die sich die Behinderung bei Kämpfen in Afghanistan oder anderen Kriegsgebieten zugezogen haben,*
- als arbeitslos Registrierte und sozial Schlechtgestellte,*
- schwangere Frauen, so sie als solche registriert sind, in jeder Phase der Schwangerschaft,*
- Waisenkinder bis 23 Jahre,*
- Familien von Binnenflüchtlingen mit ein oder zwei Kindern, die in einer schwierigen Lebenssituation sind,*
- Kinder von 0 bis 35 Monaten, die offiziell registriert sind und in eine der oben aufgeführten Kategorien fallen (Kinderhilfspakete).*

*In Mariupol werden monatlich 6.000 Lebensmittelpakete ausgegeben.*

*Der Wert eines solchen Paketes (14 kg) beträgt 130 Hrywnja (ca. 5,20 €), darin enthalten:*

*Nudeln (3 kg), Mehl (2 kg), Weizengetreide (1 kg), 1 Dose gezuckerte Kondensmilch, Zucker (1 kg), eine Flasche Pflanzenöl Olejna (0,5 l), Erbsen (1 kg), 2 Pakete Haferflocken, Leberwurst (2 Dosen), Sardinen (2 Dosen).*

*Im Winter kann sich die Zusammenstellung des Paketes ändern, es werden z.B. Fleischkonserven beigefügt. Es gibt gesonderte Pakete für Kinder bis 3 Jahren.*

*An den Tagen, an denen die Hilfslieferungen ankommen und für die Ortschaften gepackt werden müssen, helfen beim Be- und Entladen und Packen etwa 120 Freiwillige. Darunter sind Bewohner\_innen der Stadt, die eigenständig kommen, aber zum Großteil sind es Arbeiter, die von den Unternehmen „Metinvest“ und „Asowstal“ geschickt werden.*

*Die Stiftung arbeitet prinzipiell nicht mit Armeeangehörigen beider Seiten zusammen.*

Wie fast alle weiteren Gesprächspartner\_innen macht auch Frau Lomakina darauf aufmerksam, dass ein dringendes Problem die Kohle sei, die sowohl die Stadt als auch die Eigentümer\_innen von Privathäusern für die bevorstehende Heizperiode benötigten. Kohle sei in Mariupol mit 4.000 Hrywnja doppelt so teuer wie auf dem Gebiet der sogenannten "Volksrepubliken". Es sei aber verboten, Kohle über die Kontaktlinie zu bringen und so das Problem der Brennstoffe für den Winter für die Mariupoler\_innen und andere Bewohner\_innen des Donbas zu lösen. Die

Stellvertreterin des Stadtoberhauptes bat um Unterstützung dabei, Kohle für 2.000 Hrywnja in die Stadt zu bringen. Das würde den Mariupoler\_innen und anderen Bewohner\_innen des Donbas das Leben erleichtern. Das Verbot führe zu Schmuggel und Schwarzhandel, indem beispielsweise die Menschen Kohle in Eimern über die Kontaktlinie brächten und hier verkauften.

## **Bewegungsfreiheit**

Wegen der Öffnung neuer Passierstellen überquerten mehr Menschen die Kontaktlinie, es hätten sich 2.000 neue Binnenflüchtlinge registriert.

Die Gesprächspartnerin merkte an, dass die geltende Regelung für die Ausreise aus den nicht von Kiew kontrollierten Gebieten unbefriedigend sei. Es gebe nur vier Passierstellen im Donezker und Luhansker Gebiet. Die Passierenden würden gleichzeitig von mehreren Behörden überprüft, zwischen denen es keine Koordination gebe. Das führe zu Missverständnissen und Verzögerungen. Die Menschen stünden zwischen zwei und zehn Stunden in der Schlange, dabei gebe es keine Toiletten oder andere Einrichtungen für derartige Wartezeiten.

Einfacher sei die Überquerung nur für diejenigen, die in Unternehmen auf von Kiew kontrolliertem Gebiet arbeiten, sie könnten nach Listen passieren. Die Passierstellen bräuchten eine Stromversorgung und einen Internetzugang - das würde die Überprüfung und die Überquerung der Passierstellen beschleunigen. Die Frage nach der Überquerung der Kontaktlinie wurde von vielen Gesprächspartner\_innen angesprochen; alle wiesen auf das schwierige, langwierige und umständliche Verfahren bei der Überquerung hin.

## **Beschuss des Stadtteiles Wostotchnyj (24.01.2015)**

Der Stadtteil liegt am nordöstlichen Rand von Mariupol und ist mit neunstöckigen Häusern bebaut. Er wurde am 24. Januar 2015 mit Raketen beschossen. Dadurch starben 30 Zivilisten, darunter ein Kind; 117 Menschen wurden verwundet. Es wurden 79 Gebäude beschädigt, davon 37 private Häuser, 22 mehrstöckige Häuser, zwei Märkte, acht Geschäfte, sowie eine Schule, vier Kindergärten, Banken, eine Apotheke, eine KFZ-Werkstatt und eine Post. Auf einem Parkplatz sind ungefähr 40 Autos verbrannt.

Der Beschuss einer friedlichen Stadt mit so vielen Opfern und Zerstörungen verursachte in der Stadt und im Land einen Schock. Auf Präsidenten- und Regierungsebene wurde entschieden, beim Aufbau zu helfen. Das weitere Geld kam aus dem Stadthaushalt.

Beim Besuch im Stadtteil Wostotchnyj bestätigten sich die Zerstörungen. Noch sind nicht alle Häuser wieder hergestellt: Es müssen Aufzugsschächte und Hauseingänge repariert werden, einigen Wohnungen sind die Fenster immer noch mit Brettern, Folie usw. verschlossen. Während die Schule repariert ist, ist es der Kindergarten noch nicht und kann keine Kinder aufnehmen.



**Die Wohnung im fünften Stock dieses Hauses wurde am 24.01.2015 von einer Granate getroffen**

Die Beobachtermission kam gegen 17:00 Uhr im Stadtteil Wostotchnyj an. Um diese Zeit waren viele Menschen auf der Straße, recht viele Betrunkene, einige Anwohner saßen mit alkoholischen Getränken in den Höfen und vor den Hauseingängen.

Obwohl durch einige Untersuchungen (darunter der OSZE<sup>9</sup>, Human Rights Watch<sup>10</sup> und der International Partnership for Human Rights<sup>11</sup>) eindeutig nachgewiesen wurde, dass der Beschuss durch Mehrfachraketenwerfer von einem Gebiet aus stattfand, das von der selbsternannten „DNR“ kontrolliert wird, wollten viele Bewohner\_innen, mit denen die Beobachter\_innen sprachen, das nicht anerkennen. Sie behaupten weiterhin, der Beschuss sei aus dem Ort Winogradnoe erfolgt, der damals (und heute) von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird oder von anderen Stellen unter ukrainischer Kontrolle. Man konnte auch ganz Absurdes hören: *„Wir wurden gleichzeitig aus mehreren entgegengesetzten Richtungen beschossen, darunter auch aus dem Hafen. Das hat nicht die „DNR“ gemacht!“* Das Ziel eines derartigen Beschusses sei laut der Gesprächspartner eine wie auch immer geartete Provokation gewesen. Als vermeintlichen Beweis führten zwei

9 OSZE, 24.01.2015: "The SMM conducted a crater analysis and its initial assessment showed that the impacts were caused by Grad and Uragan rockets. According to the impact analysis, the Grad rockets originated from a north-easterly direction, in the area of Oktyabr (19 km north-east of Olimpiiska Street), and the Uragan rockets from an easterly direction, in the area of Zaichenko (15 km east of Olimpiiska Street), both controlled by the "Donetsk People's Republic" ("DPR")." <http://www.osce.org/ukraine-smm/136061>

10 Human Rights Watch, 03.02.2015: "On January 24, unguided rockets, probably launched from rebel-controlled territory, killed 29 civilians and 1 soldier in Mariupol and wounded more than 90 civilians. One rocket struck the courtyard of a school. [...] The area that was hit was the easternmost residential area in government-controlled areas. Information Human Rights Watch gathered at the scene indicates that the rockets were fired from separatist-controlled territory to the east." <https://www.hrw.org/news/2015/02/03/ukraine-rising-civilian-death-toll>

11 International Partnership for Human Rights, 13.02.2015: "On the basis of the above, the mission team members have concluded that most of the shelling is likely to have been carried out using several Grad rocket launchers (MLRS) located at a point east-north-east from the affected area, at azimuth 65-80°. The estimated site from which the shelling originated is controlled by the so-called DPR and is indicated below:" [http://iphronline.org/wp-content/uploads/2015/09/mariupol\\_mission\\_report\\_febr\\_2015.pdf](http://iphronline.org/wp-content/uploads/2015/09/mariupol_mission_report_febr_2015.pdf)

Gesprächspartner an: „*Warum haben sie (Regierung und Behörden) das Zerstörte repariert? Weil sie wissen, dass es ihre Schuld war. Wäre das anders, hätten sie nichts repariert sondern dazu die DNR aufgefordert.*“

## **Aktivist\_innen aus der Zivilgesellschaft**

Roman Viktorowitsch Sokolow, Leiter der **Nichtregierungsorganisation** **“Verteidigung Mariupols”** erzählte, dass die “Verteidigung Mariupols” wöchentlich eine kostenlose Rechtsberatung für Bürger\_innen durchführt. Die häufigsten Probleme bei diesen Konsultationen seien Neuberechnung der Rente und verspätete Lohnzahlungen (durch das Werk Asowmasch u.a.).

Es gebe kaum Beschwerden im Zusammenhang mit der Miliz. Das hänge anscheinend damit zusammen, dass sich die Hauptverwaltung des Innenministeriums der Ukraine im Donezker Gebiet in Mariupol befindet. Bei der Miliz, so Sokolow, seien Ordnung und Disziplin hergestellt.

Es gab Hilfsersuchen, weil ein Wohnhaus im Ort Berdjanske (östlich von der Stadt, neben dem umkämpften Ort Schyrokyne) von Soldaten belegt wurde, die von dort schossen. Der Ort Schyrokyne selbst könne nicht wieder aufgebaut werden: Er sei zerstört und vermint. Dort ist eine ukrainische Marineinfanterie-Einheit stationiert.

Der Mariupoler Flughafen diene als Haftort. Auf diese Tatsache verwiesen auch andere Vertreter aus der Zivilgesellschaft; dieser Haftort für des Separatismus Verdächtige hieß “Lese-Hütte”. Dieser Haftort muss besucht, die Haftbedingungen müssen überprüft und Belege für Haftunterbringungen dort gesammelt werden.

Die “Verteidigung Mariupol” organisiert Sportveranstaltungen für die Bevölkerung. Es fand eine Aktion “Stopp dem Rüpel” statt, die damit zusammenhing, dass der städtische Nahverkehr Rentner und Personen mit einem Anspruch auf Vergünstigung kostenlos befördern muss, die Fahrer das aber nicht umsetzten. Jetzt ist dieses Problem gelöst.

Die Organisation unterhält einen “heißen Draht”, um Beschwerden der Stadtbewohner\_innen zu sammeln. Die Probleme werden gegenüber Medien und der Stadtverwaltung bekannt gemacht.

Im Hinblick auf frühere “Separatisten” hat der ukrainische Geheimdienst erklärt, dass jeder, der keine schweren Verbrechen begangen hat, seine Schuld eingestehen kann - es werde keine Verfolgung dieser Personen geben. Die Zahl derer, die diesem Rat gefolgt sind, wurde nicht abgefragt.

In der Stadt bzw. ihrer Nähe sind die Bataillone “Donbass” (in Melekino), “Asow” (ständig in Mariupol, sie haben laut Sokolow die Stadt zurückerobert und werden geachtet) und Dnepr-1 stationiert. Dem Militär sei es verboten, in Autokolonnen oder gar gepanzerten Fahrzeugen durch die Stadt zu fahren. Im Hinblick auf das Militär herrsche in der Stadt Ordnung, bereits seit einem Jahr gebe es eine Militärstaatsanwaltschaft. Einzelne betrunkene Militärangehörige tauchten auf

den Straßen auf, was aber schnell unterbunden werde. Aus der Sicht von Roman Sokolow veranlasste der Beschuss von Mariupol am Samstag, den 24. Januar 2015 um 9:15 Uhr morgens einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zum Nachdenken und dazu, ihre Einstellung zu den Ereignissen der letzten eineinhalb Jahre zu ändern. Es sei für alle offensichtlich, woher die Granaten gekommen seien: aus nordöstlicher Richtung, aus einem Gebiet, dass von der sogenannten "DNR" kontrolliert wird.

Früher hätten viele in der einen oder anderen Weise Verständnis für den "Separatismus" gehabt und erwartet, dass die selbsterklärte "DNR" nur ein Zwischenschritt auf dem Weg in die Integration in die Russische Föderation sei. Jetzt hätten sich bei einem bedeutenden Anteil der Mariupoler Bevölkerung die Augen geöffnet. Die Haltung in der Stadt teile sich jetzt wie folgt auf: 30 Prozent für eine einige Ukraine, 30 Prozent für die selbsterklärte "DNR", 40 Prozent seien unentschieden.

Durch den Beschuss hatten mehrstöckige Häuser gelitten, Eigenheime, Schulen. Zerbrochene Fensterscheiben seien ersetzt worden, in leerstehenden Wohnungen hätten Industrie-Kletterer die Scheiben ersetzt. Die Schulen seien vollständig repariert. Das Ministerkabinett der Ukraine habe 10 Millionen Hrywnja (400.000 Euro, sieben Prozent der benötigten Summe) für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Allerdings habe die Stadt diese Geldmittel erst nach vier Monaten erhalten - und das Problem habe nicht darin bestanden, dass es zeitaufwändige Verfahren für den Erhalt von Geldern aus dem Staatshaushalt gebe. Wegen des Papierkrieges habe die NGO "Verteidigung Mariupols" eine spezielle Pressekonferenz durchgeführt, danach habe die Stadt die Geldmittel von der Regierung erhalten. Die Praxis zeige, dass der Mechanismus für die Unterstützung von Zivilbevölkerung, die unter Beschuss gelitten hat, wenig effektiv sei und optimiert werden müsse. Ebenso müsse er transparent sein und es müssten alle Hilfsbedürftigen informiert werden.

Die lokale (städtische) Verwaltung sei effektiver und tatkräftiger bei Hilfsleistungen für die Bevölkerung; deswegen müsse das Verfahren für die Wiedererrichtung von zerstörten oder beschädigten Gebäuden darauf ausgerichtet sein, die örtliche Verwaltung einzubinden.

Ein Problem der Stadt sei, dass eine große Anzahl von Munition unkontrolliert in Umlauf sei. An diesem Tag (29.09.2015) gab es eine Meldung, dass eine Handgranate in der Hand eines Heranwachsenden explodiert sei. Deswegen brauche es Aufklärungsprogramme, um derartige Todesfälle und Verletzungen durch den leichtsinnigen Umgang mit Munition zu verhindern.

Die vorrangigen Probleme der Bevölkerung (ungefähr 500.000 einschließlich der Binnenvertriebenen) seien sozialer Natur. Zum Beispiel sei die Finanzierung der Kindergärten unzureichend. Die offizielle Gebühr betrage 100 bis 150 Hrywnja im Monat (vier bis sechs Euro). Es seien allerdings ständig zusätzliche Zahlungen (bis zu 300 Hrywnja, zwölf Euro) für die notwendigsten Dinge bis hin zum Kauf vom Matratzen notwendig.

Das Lohnniveau sei auf dem alten Stand, aber die Preise und die Nebenkosten seien gestiegen. Die Wohnbebauung sei in einem schlechten Zustand. Es sei unklar, wie die Gebäude im Winter geheizt werden sollen, alle hätten Angst vor dem Beginn der Heizperiode.

Die Beobachtungsmission traf sich auch mit Marija Podybajlo, Leiterin einer Freiwilligen-Organisation (**Koordinierungszentrum „Neues Mariupol“**). Diese erzählte davon, wie ihre Organisation Binnenflüchtlingen helfe, wie sie und ihre Organisation ukrainische Soldaten unterstützt hätten, die Mariupol unter ihre Kontrolle brachten, wie sie Schützengräben ausgehoben hätten, um die Stadt im Herbst 2014 zu halten.

Ein weiteres Gespräch gab es mit Anzhela Artemowna Timtchenko, Leiterin der **Stiftung „Dowira“** (Vertrauen), die sich um kranke Kinder in Heimen und Kinderhäusern kümmert. Die Stiftung „Dowira“ hat 46 kranke Kinder aus Donezk nach Charkiw, Saporischschja, Dnipropetrowsk und Kiew gebracht. Hilfe habe „Dowira“ dabei von schweizerischen und anderen internationalen Stiftungen erhalten. Darüber hinaus unterstütze „Dowira“ Waisenhäuser. Ihrer Meinung nach tut der ukrainische Staat nichts oder zumindest nicht genug, um kranken Kindern und Waisenkindern zu helfen. Briefe des ukrainischen Roten Kreuzes würden dabei helfen, Medikamente in die selbsternannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ zu bringen. Sie machte darauf aufmerksam, dass es keine Arbeit für die Binnenflüchtlinge gebe, es würden Arbeitsplätze benötigt und Geld für deren Schaffung. Es brauche ein Programm für Binnenflüchtlinge.

### **Zusätzliche Beobachtung: Versammlung im Zentrum**

In der Innenstadt stehen immer noch die durch Brände beschädigten Gebäude der städtischen Milizverwaltung und des Stadtrates. Es ist nicht entschieden, ob sie renoviert oder abgerissen werden.

Vor dem durch einen Brand beschädigten früheren Gebäude des Stadtrates standen Zelte mit ukrainischen Fahnen und Aktivist\_innen sammelten Geld für die Verteidigung der Ukraine. Auf demselben Platz stand in der Nähe eine Gruppe von etwa 15 hitzig diskutierenden Menschen (siehe Foto). Vor ihnen auf dem Asphalt war eine weiße Aufschrift mit Pfeilen: „Hier stehen Raschisten, Separatisten, Putlery“<sup>12</sup>.

---

12 Anm: „Raschist“ ist eine Wortschöpfung, die sich aus „Russia“ und „Faschist“ zusammensetzt, „Putlery“ verbindet „Putin“ und „Hitler“



Auf dem Platz stehen sich somit Anhänger einer einigen Ukraine und Befürworter der sogenannten "Volksrepublik Donezk" und Putins gegenüberstehen .

Das Mitglied der Monitoring-Gruppe Oleg Orlov versuchte, ein Gespräch zu beginnen, die Sichtweise dieser Personen zu erfahren, ob sie von der Obrigkeit oder Aktivist\_innen bedrängt werden. Ein Gespräch kam jedoch nicht zustande, die Befürworter der sogenannten "DNR" wollten nicht mit Orlov sprechen und drückten dabei laut aus, dass sie die ukrainische Regierung verurteilen und Putin unterstützen.

Es sei angemerkt, dass sich - trotz der Aushänge in der Stadt mit Aufrufen, den "alltäglichen Separatismus" zu bekämpfen - diese Menschen regelmäßig (und ohne vorherige Beantragung) auf dem Platz versammeln und ihre negative Einstellung gegenüber dem ukrainischen Staat zum Ausdruck bringen können. Sie werden dafür nicht verfolgt; zumindest gibt es darüber keine Berichte.

Somit ist klar, dass sich auf dem Platz Anhänger einer einigen Ukraine sowie Befürworter der sogenannten "Volksrepublik Donezk" und Putins gegenüberstehen. Ebenso klar ist, dass sich die Befürworter der sogenannten "Volksrepublik Donezk" und Putins regelmäßig hier versammeln.

In der Innenstadt stehen immer noch die durch Brände beschädigten Gebäude der städtischen Milizverwaltung und des Stadtrates. Es ist nicht entschieden, ob sie renoviert oder abgerissen werden.



**Das Gebäude des Stadtrates in Mariupol**

## **2.2 Sartana**

Sartana untersteht der Verwaltung des Ilitchewsker Bezirksrates von Mariupol. Laut der ukrainischen Statistikbehörde liegt die Einwohnerzahl bei 10.728 (2015).

Der Ort liegt östlich des Stadtrandes von Mariupol und damit nahe an nicht von der Ukraine kontrolliertem Gebiet.

Insgesamt macht Sartana einen hervorragenden Eindruck, alles wirkt gepflegt, überall sind Blumen. Der östliche Teil der Ortschaft hat unter Beschuss gelitten. Praktisch überall werden Wiederaufbauarbeiten durchgeführt. Ein Teil der Bewohner\_innen hat Geld vom Gemeinderat erhalten, ein Teil repariert in der Hoffnung auf Geldzahlungen.

Die Beobachtungsmission traf Stepan Grigorewitsch Machsma, der seit 2001 Gemeindeoberhaupt (Bürgermeister) ist. Aktuell ist es seine erste Amtszeit, aber er will wieder antreten. Er erzählte Folgendes:

*Derzeit leben ungefähr 11.000 Menschen ständig im Ort, etwa 10 Prozent sind weggezogen. Von 3.226 Häusern haben etwa 200 unter Beschuss gelitten. Die Einwohner\_innen arbeiten in der Landwirtschaft, in den metallverarbeitenden Betrieben von Mariupol und als kleine Geschäftsleute. Jetzt gibt es wesentlich weniger Arbeit als noch vor einigen Jahren.*

*Nach dem Beschuss vom August 2015 hatten die Menschen begonnen, in andere Gebiete der Ukraine, nach Russland, Griechenland und Zypern<sup>13</sup> abzuwandern. Aber jetzt kommen sie wieder zurück.*

---

<sup>13</sup> Sartana ist von griechischen Kolonisten gegründet worden, weswegen es bis heute enge Verbindungen nach Griechenland gibt. Der Bürgermeister ist selbst griechischstämmig.

## Bildung

Das Schulgebäude auf der Krasnoarmejskaja-Straße 96 a), das 1999 erbaut wurde, ist in einem guten Zustand. Seitdem gab es keine großen Reparaturen, Schönheitsreparaturen werden alle vier Jahre durchgeführt, jedoch nicht in diesem Jahr.

Ljudmila Alekseevna Korona ist die Direktorin der Schule mit elf Jahrgangsstufen.

*Weder Schule noch Lehrer wurden von Beschuss getroffen, jedoch eine Schülerin (das zehnjährige Mädchen, das ein Bein verloren hat, s.u.). Derzeit gibt es 754 Schüler (bei einer Auslegung auf maximal 1.096 Schüler\_innen). Die Planstellen sind besetzt, es gibt ausreichend Lehrer. Nach den Beschüssen haben einige Familien vorübergehend den Ort verlassen, kommen aber jetzt zurück, letzte Woche vier Schüler.*

*Seit einem Jahr gibt es zwölf Kinder aus Flüchtlingsfamilien, gerade ist eine Familie neu aus den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten angekommen, weswegen ein neuer Schüler kommt. Es wird auf Russisch oder Ukrainisch unterrichtet, je nach Wunsch der Eltern. Zudem gibt es Klassen mit vertieftem Griechisch-Unterricht (12 Klassen). Insgesamt hat die Schule 34 Klassen, im Regelfall sind es drei Klassen in einer Jahrgangsstufe bei einer Klassenstärke von 24 bis 34 Schüler\_innen.*

*Es gibt alle Schulbücher.*

*Die Lehrer\_innengehälter werden rechtzeitig gezahlt.*

*Es gibt einen psychologischen Dienst, gerade haben Trainings begonnen, die von dänischen Psychologen geleitet werden.*

*Für den Fall von Beschuss gibt es einen Bombenschutzkeller, in den die Kinder einige Male gebracht werden mussten.*

*Zwischenethnische Spannungen gibt es nicht im Ort.*

## Medizinische Versorgung

Die Klinik in Sartana funktioniert, aber es gibt zu wenig Ärzte. Laut der Klinikleiterin sind drei von sieben Stellen besetzt. In der Tagesklinik werden die Bewohner\_innen Sartanas versorgt, chronisch Kranke erhalten die nötige Hilfe, in Notfällen wird der Notarzt gerufen, der innerhalb von 10 bis 15 Minuten eintrifft.

Der Ärztemangel erklärt sich vor allem aus dem niedrigen Gehalt.

Es gibt in der Tagesklinik keine Medikamente für die Patienten; diese kaufen sie selbst.

Die Tagesklinik hat humanitäre Hilfe erhalten, aber nicht ausreichend.

Im Ort gibt es HIV-Infizierte, die in Behandlung sind und im Ilitcheskij-Bezirkskrankenhaus in Mariupol versorgt werden. Auch Dialyse-Patienten sind auf dieses Krankenhaus angewiesen.

## Binnenflüchtlinge

Zum Thema Binnenflüchtlinge erzählte der Bürgermeister Machsma:

*Aktuell leben Binnenflüchtlinge in Sartana, die hauptsächlich aus Snischne (Luhansker Gebiet) gekommen sind. Für ihre Unterbringung in Privatunterkünften zahlen sie nur die Kommunalabgaben (es handelt sich um 116 Personen, 49 Familien). Sie erhalten Sozialleistungen in Höhe von 876 Hrywnja (etwa 35 Euro). In Sartana gibt es zwei ehemalige Wohnheime für Berufsschüler, die an die Stadt für die Unterbringung von Binnenvertriebenen übergeben werden könnten (200 Wohnplätze), aber diese Wohnheime sind in einem schlechten Zustand. Die Gemeindeverwaltung sucht Geld für deren Renovierung, dafür werden mindestens 3 Millionen Hrywnja benötigt, aber bislang gibt es keine Finanzierung.*

## Beschuss des Ortes

Sartana wurde fünf Mal beschossen<sup>14</sup>:

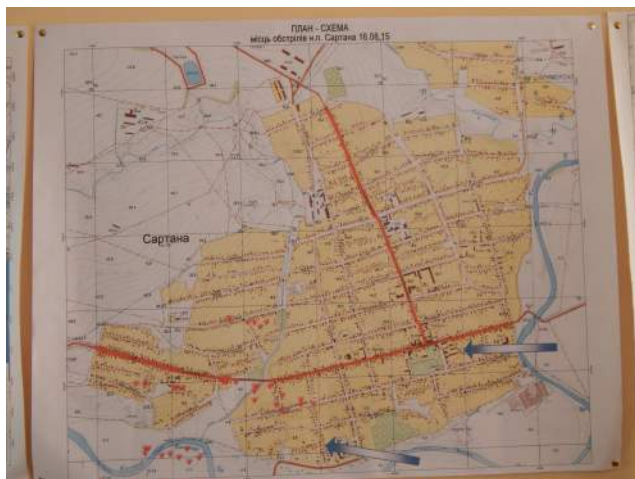
1. 14.01.2015: Beschuss mit Grad-Raketen. sieben Tote, 16 Verwundete, 12 beschädigte Häuser.
2. 19.01.2015: Keine\_r der Einwohner\_innen kam zu Schaden, jedoch wurden 54 Häuser unterschiedlich schwer beschädigt, darunter vier durch direkte Treffer. Die Gas-, Strom- und Wasserversorgung wurde unterbrochen.
3. Nacht auf den 05.02.2015: Keine\_r der Einwohner\_innen kam zu Schaden, jedoch wurden 25 Häuser unterschiedlich schwer beschädigt. Die Gas- und Stromversorgung wurde unterbrochen.
4. 14.02.2015, Beschuss mit Grad-Raketen: Ein Einwohner starb, fünf Häuser wurden beschädigt.
5. Nacht auf den 17.08.2015: drei Tote, sieben Verletzte. Unter den Geschädigten sind eine Mutter, die gestorben ist, und ihre zehnjährige Tochter, der das Bein über dem Knie amputiert werden musste. Mutter und Tochter versuchten, nach dem Beginn des Beschusses über die Straße zum Haus der Großmutter zu laufen. Auf der Straße traf sie eine explodierende Granate. Der südöstliche Teil des Ortes wurde beschossen, die Krasnoarmejskaja-Straße.

Für diesen letzten Beschuss aus dem August 2015 haben Internationale Beobachter der OSZE-Mission belegt, dass er von Osten erfolgte, also von Gebiet, das von der selbsterklärten „DNR“

---

14 Fotos im Internet: [https://www.google.ru/search?q=обстрел+сартаны&newwindow=1&espv=2&biw=1280&bih=884&tbm=isch&tbo=u&source=univ&sa=X&ved=0CBoQsARqFQoTCO\\_P94WmtcgCFQGXCgodRkMIjg](https://www.google.ru/search?q=обстрел+сартаны&newwindow=1&espv=2&biw=1280&bih=884&tbm=isch&tbo=u&source=univ&sa=X&ved=0CBoQsARqFQoTCO_P94WmtcgCFQGXCgodRkMIjg)

kontrolliert wird<sup>15</sup>. In der Gemeindeverwaltung sind schematische Übersichten ausgehängt mit Angabe, aus welcher Richtung der Beschuss erfolgte.



### **Karten im Gebäude des Gemeinderates mit Übersichten über den Beschuss von Sartana**

Der Vorsitzende des Gemeinderates erzählte, welche Maßnahmen die örtlichen Behörden direkt nach dem Beschuss ergriffen hatten:

1. Die erste Aufgabe war, alle Verwundeten zu bergen, alle Häuser abzugehen und herauszufinden, wer Hilfe braucht.
2. Die einzelnen Anwesen wurden begangen, die Zerstörungen untersucht, nicht explodierte Sprengkörper festgestellt.
3. Als nächstes wurde eine Kommission bestehend aus Miliz, Katastrophenschutzministerium und örtlicher Verwaltung gebildet. Die Kommission legte Fallakten an, um den durch Beschuss hervorgerufenen Schaden zu bestimmen. Für jedes beschädigte Gebäude gibt es einen eigenen Fall und eine eigenständige Akte.
4. Schließlich fand eine Schätzung statt.

Danach half die Gemeindeverwaltung. Für die Wiederaufbauarbeiten in Sartana gab es keine staatlichen Gelder, wie vergleichsweise z.B. für den Mariupoler Stadtteil Wostotchnyj. Bürgermeister Stepan Machsma beklagte, dass bislang noch kein Verfahren für die Berechnung und Auszahlung von Entschädigungen aus dem Staatshaushalt für zerstörten Wohnraum eingerichtet sei. Man müsse quasi selbst eine Berechnungsmethode schaffen. Das führt dazu, dass materielle Hilfe nur aus dem Gemeindehaushalt geleistet wird, der wiederum ausschließlich aus dem Stadthaushalt [Anm. von Mariupol] finanziert wird; aus dem Staatshaushalt kommt nichts.

<sup>15</sup> Die Sonderbeobachtermission (SMM) der OSZE hat die Einschlagswinkel der Granaten in Sartana analysiert und kam zu dem Ergebnis, dass die meisten Einschläge durch Beschuss aus dem Osten hervorgerufen wurden. „Im von der Regierung kontrollierten Sartana (15 km nord-östlich von Mariupol) hat die SMM beobachtet, elf Krater analysiert und kam zu dem Ergebnis, dass sie entweder durch 122-Milimeter- oder 152-Milimeter-Artilleriegeschosse - zumeist aus dem Osten abgeschossen - hervorgerufen wurden“, heißt es in dem Bericht der Mission vom 17. August 2015, 19:30 Uhr.  
<http://www.osce.org/ukraine-smm/178011>

Abgesehen von der Hilfe mit Baumaterialien wird auch Geld ausgezahlt. Je 20.000 Hrywnja (800 Euro) an die Familien von Getöteten, je 3.000 Hrywnja (120 Euro) an Verwundete. An das Mädchen, das ihr Bein verloren hat, wurden 30.000 Hrywnja (1.200 Euro) gezahlt.

Die Häuser werden zum Großteil auf Kosten von „Metinvest“ wieder aufgebaut, die dafür zwei Millionen Hrywnja (80.000 Euro) bereitgestellt hat. Dazu kam im August Hilfe in Form von Baumaterialien (Balken, Bretter, Teerdachpappe, Folie usw.) vom Internationalen Roten Kreuz, dem Flüchtlingshilfswerk der UNO und dem Dänischen Flüchtlingsrat.

Insgesamt wurden im Zuge des Wiederaufbaus über 1.500 Dachschieferplatten verlegt, über 800 m<sup>2</sup> verglast sowie mehr als 300 Plastikfenster eingesetzt.

Dazu müssen nach einigen Beschüssen auch Versorgungsleitungen wieder hergestellt werden. So gab es nach dem Beschuss vom 19.01.2015 kein Gas, keinen Strom, kein Wasser. Aber innerhalb eines Tages konnten Gas- und Wasserversorgung wiederhergestellt werden, die Stromversorgung später.



**Eines der Häuser in Sartana, das durch Beschuss beschädigt wurde**



**Auch dieses Haus in Sartana wurde schwer getroffen, die Reparatur ist fast abgeschlossen, die Ecke des Hauses wiederhergestellt**

In der Krasnoarmejskaja-Straße 67 war die Ecke des Hauses zerstört worden, war aber mittlerweile wiedererrichtet; die Wand der Garage auf der gegenüberliegenden Straßenseite war von Splittern durchlöchert.

In der Krasnoarmejskaja-Straße 86 a war das Lehmhaus schwer beschädigt worden, eine Granate hatte das Haus getroffen. Das Haus war inzwischen fast wieder repariert. Hier lebt eine ältere Frau. Ihre Söhne, die zum Helfen gekommen waren, erzählten, dass die Stadt 200.000 Hrywnja (8.000 Euro) als Schadensersatz versprochen habe, die diese Woche ausgezahlt werden sollten, aber bislang sei das nicht geschehen. Deswegen wurden die Arbeitskräfte erst aus eigener Tasche bezahlt. Mit Baumaterialien (Schieferplatten, Fensterscheiben) habe „Metinvest“ geholfen.

## **2.3 Talakiwka**

Talakiwka ist eine Siedlung städtischen Typs im Donezker Gebiet, die der Verwaltung des Ilichewsker Bezirksrates von Mariupol unterstellt ist. Sie liegt am Kalmius-Fluss und ist 19 km von Mariupol entfernt; laut ukrainischer Statistikbehörde hat der Ort 4.113 Einwohner (2015). Zu Talakiwka gehören die Gemeinden Hnutowo und Lomakino.

Im Ort gibt es eine Schule, einen Kindergarten, eine Ambulanzklinik und eine Bibliothek.

Im September und Oktober 2014 wurde der Ort mehrfach von Stellungen der Anhänger der selbsterklärten „DNR“ beschossen. Es gab Opfer unter der Zivilbevölkerung.

2015 wurde der Ort nicht beschossen, aber die Einwohner\_innen hörten oft Waffeneinsatz, zuletzt am 29. August 2015; seitdem wurde nicht geschossen.

Im Sommer starb der Arzt des örtlichen Krankenhauses bei Feldarbeiten mit dem Traktor wegen eines Blindgängers.

## **Bildung**

Die Monitoring-Gruppe sprach mit Soja Nikolajewna Semerenko, Schuldirektorin im Ort und ihren beiden Stellvertreterinnen Ljubow Antonowna Petik und Tetjana Alexandrowna Kotewtschenko.

*Es gibt 262 Schüler bei einer maximalen Auslegung auf 445; zurzeit fehlt ein Physiklehrer. In der Schule gibt es ukrainisch- und russischsprachige Klassen, die Eltern entscheiden, welche Klasse ihr Kind besucht. Nicht in allen Jahrgangsstufen gibt es Parallelklassen:*

*In der 11. Jahrgangsstufe gibt es nur eine ukrainischsprachige Klasse mit elf Schüler\_innen,*

*In der 10. Jahrgangsstufe gibt es nur eine russischsprachige Klasse mit zehn Schülern,*

*In der 9.: zwölf Schüler auf Russisch, 14 auf Ukrainisch,*

*In der 7.: 20 auf Russisch, zehn auf Ukrainisch,*

*In der 5.: nur Ukrainisch mit 28 Schüler\_innen,*

*In der 1.: nur Ukrainisch mit 33 Schüler\_innen.*

*Der Unterrichtsverlauf ist nicht unterbrochen worden, aber im Herbst und Winter 2014 waren phasenweise sehr wenig Schüler anwesend. Dazu kam es, weil Einwohner\_innen wegen der Kriegssituation massenhaft den Ort verließen. Aber seit Frühjahr 2015, nachdem die Intensität der Kriegshandlungen abgenommen hatte, setzte eine Rückkehrbewegung ein, mehr Schüler kamen zurück. Dennoch sind viele wegen fehlender Arbeit weggezogen. Früher arbeiteten viele bei „Asowmasch“, aber jetzt sind viele Arbeitsplätze gestrichen worden.*

*In der Schule gibt es 17 Kinder von Binnenflüchtlingen.*

*Die Schule hat nicht unter Beschuss gelitten. Nur ein Mal, am 29.04.2015, zerbarsten an der Nordseite der Schule Fensterscheiben wegen einer Explosion im Ostteil des Ortes. Das geschah um 5:00 Uhr morgens, deswegen wurde niemand verletzt. Die Fensterscheiben sind vollständig ersetzt, das passierte aber nicht sofort, sondern erst zum 1. September 2015, wobei Eltern halfen. Die Schule wird von Soldaten unterstützt, die in der Umgebung stationiert sind. Das Kinderhilfswerk der UNO (UNICEF) hilft ebenfalls.*

*In Talakiwka wurden elf Häuser durch Beschuss beschädigt.*

*Es gibt einen Kindergarten im Ort.*

*Die Wahlen [Anm.: Kommunalwahlen am 25.10.2015] werden stattfinden.*

Die Lehrerinnen beklagten sich, dass es im Ort keine Arbeit gibt, weswegen die Jugend abwandert, es jedes Jahr weniger Kinder gibt. Das Unternehmen (Iljitsch-Werk), in dem die Einwohner arbeiteten, hat acht Monate keinen Lohn gezahlt.

Alle erinnerten sich an eine Feier, die am 26. September anlässlich des 219-jährigen Ortsbestehens stattfand.

Die Kinder und die Erwachsenen, mit denen die Beobachter\_innen sprachen, wollten Frieden, freuten sich, dass es keinen Beschuss gibt, hofften darauf, dass der ganze Beschuss, das Sitzen im Keller vorüber ist.

## **2.4 Wolnowacha**

Wolnowacha ist eine Stadt im Südosten des Gebiets Donezk in der Ukraine mit 22.988 Einwohnern (ukr. Statistikamt 2015). Die Stadt ist ein Eisenbahnknotenpunkt und der Verwaltungssitz des gleichnamigen Verwaltungsbezirks (Rajon).

Der Bezirk liegt mittig im Gebiet Donezk südlich der Stadt Donezk und hat eine Fläche von 2.549,44 km². Er beinhaltet eine Stadt (das Bezirkszentrum), neun Siedlungen städtischen Typs, 36 Landratsgemeinden (Dorfräte) und 106 Ansiedlungen; am 11. Dezember 2014 wurden zwei Siedlungsrats- und neun Landratsgemeinden in den Bezirk Wolnowacha eingegliedert. Er verfügt über 80 medizinische Einrichtungen, 62 allgemeinbildende Schulen, 61 Kulturhäuser und 61 Bibliotheken. In der Stadt leben ethnische Russen, Ukrainer, Griechen.

In Wolnowacha trafen die Beobachter\_innen die Stadtratssekretärin Tetjana Gukay und den Assistenten des Leiters der Bezirks-Verwaltung Vladimir Grabowenko.

Das Stadtoberhaupt hat die Stadt nicht verlassen und blieb ständig dort. Die Kommunalwahlen [am 25.10.2015] finden nicht statt, eine zivil-militärische Verwaltung soll eingesetzt werden.

Im Stadtrat berichtete man uns, dass die Stadt Wolnowacha nie unter Kontrolle der selbsterklärten „DNR“ stand und daher nicht unter Beschuss samt Zerstörungen geriet. Lediglich am 7. Dezember 2014 gab es einmal Schüsse. Es gab keine Zerstörungen, Schäden wurden behoben. Die Wasserversorgung brach Anfang Juni 2014 zusammen und konnte erst im Oktober erneuert werden; die Stadt musste über fünf Monate lang ohne Wasserversorgung ausharren, bis eine neue Wasserleitung aus Mariupol gelegt wurde; bis dahin wurde Trinkwasser in Tankwagen herbeigeschafft. Dann kam es im Winter 2014-2015 wieder zu einer zweimonatigen Unterbrechung, dieses Problem wurde mit Unterstützung des Kinderhilfswerkes UNICEF gelöst werden.

Probleme gibt es mit der Nahrungsversorgung. Vor der Bargeldausgabe an den Bankautomaten stehen immer Schlangen, die Verbraucherpreise sind höher als anderswo in der Region Donezk. Die Einheimischen erklären das durch die Nähe zur Kontaktlinie. Auf der Straße Donezk-Mariupol kann man Wolnowacha schnell und bequem von Donezk aus erreichen, darum trifft man in der Stadt auf viele Besucher aus den Gebieten außerhalb der ukrainischen Kontrolle.

## **Bezirk Wolnowacha**

Die Verwaltungsgrenze des Bezirks Wolnowacha verläuft seit dem 11. Dezember 2014 entlang des Flusses Kalmius – der Kontaktlinie zu der selbsterklärten „DNR“. Genau in dieser Gegend befinden sich die Orte, die am stärksten gelitten haben. Am 09.09.2014 wurde im Dorf Hranitne die Schule beschossen. Drei Granaten trafen das Schulgebäude. Zum Glück hielten sich damals keine Kinder dort auf. Hranitne geriet mehrmals unter Beschuss durch Granaten und schwere Artillerie, dennoch wurde der Schulbetrieb im September 2015 wieder aufgenommen<sup>16</sup>.

Die Siedlungen Bachtshewik und Hranitne, die Dörfer Tschermalyk, Berdjanske, Nowotroitske - alles recht kleine Ortschaften, in Friedenszeiten hatten sie unter 3.000 Einwohner - verschwinden nicht aus den Schlagzeilen: Beschuss gab es bis in die letzte September-Woche. In nahezu allen diesen Orten gibt es keine Wasser- und Erdgasversorgung, oft fehlt auch der Strom. In Berdjanske gibt es gar kein Wasser. Alle diese Orte erlitten erhebliche Zerstörungen. Freiwillige erreichen sie nur in Begleitung von Militär.

Die Beobachter\_innen sprachen mit Herrn Grabowenko über die aktuellen Sorgen der

---

<sup>16</sup> Die Nachrichtenseite Mariupol Express zitiert die Freiwillige Galina Odnorog, die am 01.09.2015 in Hranitne war: <http://www.mariupol-express.com.ua/20937>

Bezirksverwaltung. Das Hauptproblem ist Heizkohle. Die städtischen Heizanlagen werden mit Anthrazit betrieben, diese Kohlensorte wird jedoch in den Gebieten abgebaut, die nicht unter ukrainischer Kontrolle stehen. Die Preise von etwa 3.000 Hrywnja pro Tonne sind für die Bevölkerung teuer, dazu ist hochwertiger Brennstoff knapp. Immerhin werden geringere Mengen Kohle von jenseits geschmuggelt, aber auch diese ist größtenteils von ungenügender Qualität. Geschäftsleute haben vor kurzem etwa 200 Tonnen guten Anthrazit in die Stadt zum Verkauf gebracht; für den Weg von Krasnoarmijsk über Saporischschja brauchten sie zwei Wochen. Diese Menge sei aber sowieso zu wenig, denn über den Winter verbraucht die Stadt 200.000 Tonnen Kohle.

Alle Betriebe in der Stadt sind in privatem Eigentum. 30 Prozent Ackerland liegt brach, weil es sich im Kriegsgebiet befindet.

## **Bildung**

Es gibt in Wolnowacha-Stadt sechs allgemeinbildende Schulen, ein Lyzeum, eine Abendschule und eine Berufsschule.

Der Bedarf an Lehrkräften ist zu 100 Prozent gedeckt, hier werden einheimische Lehrkräfte sowie Lehrer\_innen, die als Binnenflüchtlinge gekommen sind, beschäftigt. Der Schulbetrieb ist in allen Orten gewährleistet, auch an der Kontaktlinie (z.B. in Hranitne und Mirne). Die Bezirksverwaltung wollte Kinder aus diesen Siedlungen evakuieren, die Eltern haben sich jedoch dagegen gestellt. Die Schule in Hranitne war von Beschießungen stark beschädigt, ist jedoch renoviert worden, vorwiegend auf Kosten der Gemeinde (etwa eine Million Hrywnja Spenden wurde gesammelt).

In Wolnowacha sind drei Schulen zum Schuljahresbeginn am ersten September geschlossen geblieben. In der Siedlung Schyrokyn (seit Dezember 2014 dem Bezirk Wolnowacha zugeteilt) ist die Schule seit dem 1. April zerstört.

Die Schulen werden vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen UN-Hilfsorganisationen unterstützt, als humanitäre Hilfe werden Handtücher, Bettwäsche, Kleidung usw. an Kinder und Binnenflüchtlinge ausgeteilt.

## **Medizinische Versorgung**

In der Stadt gibt es zwei Krankenhäuser: Das Zentrale „Respublikanska“-Krankenhaus und das Eisenbahn-Spital sowie ein Notarztdienst und ein Bluttransfusions-Zentrum. Es wird ein Mangel an Medikamenten und Material verzeichnet. Der Hilfsfonds „Wolyn“ übergab einen Rettungswagen sowie einige Rollstühle, die Stadt Luzk aus der Region Wolyn schloss mit der Stadt Wolnowacha ein Abkommen über Hilfeleistungen, der Luzker Bürgermeister Mykolay Romanjuk hatte einen Besuch abgestattet.

Laut Herrn Grabowenko gibt es nicht genug Medikamente, nur mühsam kann die städtische Verwaltung Patienten noch mit kostenlosem Insulin versorgen. Das medizinische Personal ist eigentlich ausreichend besetzt, leider sind darunter nur sehr wenige junge Ärzt\_innen.

## **Binnenflüchtlinge**

Die Stadt zählte 1.600 Binnenflüchtlinge, zum Zeitpunkt des Besuchs der Monitoring-Mission etwa 1.000. Die Stadt verfügt über keine sozialen Wohneinrichtungen oder Wohnheime. Im Juli 2014 wurde durch den lokalen Rettungsdienst ein Zeltlager im Quartier der Schule Nr. 13 errichtet.

## **Militär**

Auf den Straßen ist eine hohe Militärpräsenz zu verzeichnen. Etwa 3.000 Soldaten sind in der Stadt stationiert, einquartiert werden sie in privaten Wohnräumen, freilich mit Zustimmung der Eigentümer.

Es kam im August 2014 zu Spannungen zwischen der zivilen Bevölkerung und dem Militär, als ukrainische Panzer in die Stadt einrollten. Jetzt gibt es keine Probleme, die Kommandantur hat in der Stadt ihren Dienst aufgenommen, der Alkoholverkauf an Militärangehörige wurde durch den Stadtrat verboten. Etwa seit September 2014 können Militärfahrzeuge nicht mehr frei durch die Stadt fahren, wenn sie nicht in einer Kolonne unterwegs sind. Trotzdem sind in der Stadt unterschiedliche Stimmungen wahrzunehmen, darunter auch Unzufriedenheit über die Präsenz des Militärs.

Laut Ansässigen schießen ukrainische Streitkräfte außerhalb der Stadt (im letzten Monat seien keine Schüsse mehr zu hören), in der Stadt selbst gibt es keine Militärstellungen.

Die Beziehungen zu den ukrainischen Militärangehörigen haben sich verbessert, nachdem die Stadt das Abkommen „Wolyn-2018“ mit der Stadtverwaltung Luzk [Anm.: in der Westukraine] geschlossen hat.

Am 22.05.2014 wurde nicht weit von Wolnowacha im Dorf Blagodatne ein Trupp Soldaten der 51. mechanisierten Brigade angegriffen. Damals sind 14 Menschen gefallen, zehn von ihnen stammten aus Luzk. Die Einwohner\_innen von Wolnowacha entschuldigten sich bei den Menschen in Wolyn dafür, dass deren Kinder auf wolnowachischem Boden den Tod gefunden hatten. Damals wurde auch beschlossen, eine weitere Zusammenarbeit der beiden Städte mit einem Memorandum zu festigen. 2015 kam der Luzker Bürgermeister nach Wolnowacha, um seiner gefallenen Landsleute am ersten Jahrestag zu gedenken.

Heutzutage werden Ehen zwischen Soldaten und einheimischen Frauen geschlossen.

## 2.5 Krasnohoriwka

Krasnohoriwka ist eine Stadt im Bezirk Marjinske, Gebiet Donezk und liegt nahe des westlichen Stadtrands von Donezk. Zu Friedenszeiten wohnten in Krasnohoriwka 15.822 Einwohner\_innen. Der Ort wurde intensiv beschossen, die Kontaktlinie verläuft 700 Meter vom Stadtrand entfernt. Das benachbarte Staromichajliwka auf dem Gebiet der selbsterklärten „DNR“ liegt sechs Kilometer entfernt. Vor dem 28.08.2015 stand der Ort praktisch jeden Tag unter Beschuss, morgens und abends. Zuletzt wurde zwei Tage vor dem Besuch der Beobachter\_innen geschossen.

Vor Beginn der Kampfhandlungen arbeiteten in Krasnohoriwka der Betrieb für Feuerfeste Werkstoffe (OAO Krasnohoriwskij Feuerfestbetrieb, Gründungsjahr 1881, Produktion von feuerfesten Werkstoffen), ein Kfz-Reparaturwerk, ein geologischer Untersuchungsbetrieb, Getreidesammelstelle, landwirtschaftliche Betriebe. Über 50 Prozent aller Arbeitnehmer\_innen waren in der Industrie beschäftigt.

Nach Aussagen der Stadtbewohner wurde die städtische Infrastruktur während der Kämpfe um die Stadt komplett zerstört, der einzige damals funktionierende Betrieb für Feuerfeste Werkstoffe wurde stillgelegt, das Sommerlager wurde ausgeplündert. Ukrainische Streitkräfte nahmen die Stadt am 2. August 2014 nach einem schweren Gefecht ein, und bereits im September setzte der Beschuss durch die selbsterklärte „DNR“ wieder ein.

Während der Kriegshandlungen wurden der Stadt erhebliche Zerstörungen zugefügt. Sie sind überall zu sehen, so dass der Eindruck entsteht, es sind dort keine intakten Gebäude mehr geblieben. Der Wiederaufbau fällt schwer, bisher hat sich nicht viel getan. Die Stadtbewohner reparieren aus eigener Kraft, was noch zu reparieren ist, das Baumaterial bringen Freiwillige. Der Zugang zur Stadt ist beschränkt, Freiwillige brauchen dafür eine Genehmigung, so dass Baumaterialien nur nach Genehmigung der Militärverwaltung und anhand eines speziellen Passierscheines in die Stadt gelangen. Auch Hilfstransporte werden streng reguliert. Nahrungsmittel werden auf Vorbestellung geliefert und erst nach penibler Kontrolle der Ladung und Frachtscheine hereingelassen. Für private Unternehmen sind es ganz schwere Zeiten. Es gibt so gut wie keine Arbeitsplätze in der Stadt. Nach zehn Monaten wurde die Wasserversorgung wieder aufgenommen, nur fließt kein Trinkwasser aus dem Hahn – es ist Brauchwasser. Im Winter gab es keine Zentralheizung, so dass die Einwohner Heizöfen in ihren Wohnungen aufstellen mussten. Da Kohle Mangelware war, hat man mit Holz geheizt und die einst zahlreichen Grünanlagen abgeholzt. Alle unsere Gesprächspartner waren sehr in Sorge wegen des Winteranbruchs; benötigt werden Erdgasflaschen, Kohle, Holz, aber wegen der strengen Kontrolle und der nötigen Genehmigungen wird es schwierig, alle zu beliefern.



**Krasnohoriwka. Holzbefeuerte Kochstelle vor einem mehrstöckigen Haus, hier bereiten die Bewohner ihr Essen.**

**Schulen in Krasnohoriwka.** Vor dem Konfliktbeginn gab es fünf Schulen und vier Kindergärten in der Stadt. Am ersten September konnten nur zwei Schulen Kinder zum neuen Schuljahr begrüßen, die übrigen sind zerstört und für den normalen Betrieb nicht geeignet.

In der Schule Nr. 5 sprach die Monitoring-Mission mit der Direktorin Natalia Kibalko.

*Die Schule war ursprünglich russisch. Nach dem Zusammenschluss mit den Schulen 3 und 4, deren Schüler und Schülerinnen auch von ihren alten Lehrer\_innen unterrichtet werden, gibt es heute auch einige ukrainische Klassen. Die Schule ist für 500 Kinder ausgelegt, zurzeit sind es 200 (davon sind 40 aus der Schule Nr. 3).*

*Die Schule erlitt Schäden während eines Artilleriebeschusses, am 7. Februar traf ein Geschoss ins Schuldach, Fenster platzten.*

*Zurzeit ist das Dach repariert; die Fensterscheiben wurden anfangs mit klarer Folie abgedichtet, jetzt sind sie teilweise neu verglast. Das Fensterglas wird aus Ugledar gebracht, wegen dem Passierscheinwesen ist es recht schwierig. Die Turnhalle kann nicht benutzt werden, so dass der Sportunterricht draußen stattfindet. Das Schulgebäude bedarf dringend einer Reparatur.*

*Die Heizkohle für die Schule wurde mit Hilfe des Militärkommandanten geholt. Der Heizkessel wurde gegen einen betriebsstüchtigen, wenn auch nicht neuen, ausgetauscht, der Kommandant und die Stadtverwaltung organisierten dafür einen Autokran. Der Bedarf an Brennstoff ist aber nicht gedeckt.*

*Die Schule verfügt über einen PC, jedoch ist der Drucker defekt. Behilflich wurde der Polizeichef des Bezirks Marjinskij: Er hat der Schule einen Notebook und einen Drucker zur Verfügung gestellt.*

*Der Schulbetrieb wurde letztes Jahr nicht unterbrochen, er wurde auf Fernlernen umgestellt, das heißt, die Schüler\_innen kamen in die Schule und erhielten dort Aufgaben, gelernt wurde zuhause, gelegentlich versammelte man sich bei jemand, wo geheizt wurde, und lernte zusammen.*

*Das Dach wurde renoviert, aber die Fenster sind noch nicht alle erneuert. Sie sind bezahlt, mit der Genehmigung wird auch deren Lieferung erwartet. Die Turnhalle kann nicht benutzt werden, der Sportunterricht muss draußen stattfinden. Moderne Ausrüstung wie PCs fehlen der Schule.*

*In der Schule Nr. 2 sind die Fenster größtenteils alt und kaputt, die neuen sind zum Teil auch bereits zerschlagen, generell ist diese Schule im vergleichbaren Zustand wie die Schule Nr. 5.*

*Die Schule Nr. 3 in der Stadtrandsiedlung Perwomajka liegt drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, der Schulweg fällt bei schlechten Wetterbedingungen recht schwer. Die Schule blieb bis 3. Juni 2015 in Betrieb. In der Nacht davor erlitt sie durch einen Beschuss erhebliche Schäden: das Gebäude wurde von 13 Granaten getroffen, daher entstand der Eindruck, man habe absichtlich auf die Schule gezielt. Am Vortag war in der Schule das Schuljahresende gefeiert worden; manche glauben, die Schule sei aus Rache für das laute Vorsingen der ukrainischen Nationalhymne beschossen worden. Die Schule Nr. 3 ist die einzige vollständig ukrainische Schule in der Umgebung, alle anderen haben ukrainische neben russischen Klassen. Am 5. Juni und an den Tagen danach arbeiteten Schüler\_innen und deren Eltern, um die Schule einigermaßen in Ordnung zu bringen. Das zerbombte Dach wurde mit Planen abgedeckt, die aber vor Regen nicht wirklich schützen. Ohne weitere Reparaturarbeiten kann das Schulgebäude ganz ruiniert werden. Ansatzweise arbeitet das ukrainische Militär an der Erhaltung der Schule.*

*Die Schule Nr. 3 hat momentan 40 Schüler\_innen, der Unterricht findet in den Räumlichkeiten der Schule Nr. 5 statt.*

Die Direktorin Nina Yurtchenko ist über das Schicksal der Schule sehr besorgt: „Wenn es die Schule nicht mehr gibt, dann verschwindet auch die Siedlung“.

*Während des Beschusses ist ein Lehrer ums Leben gekommen. Ein Schüler der 9. Klasse (14 Jahre alt) hat sich das Leben genommen, es war bekannt, dass er Beschießungen sehr gefürchtet hatte. Weder Schüler\_innen noch Lehrer\_innen bekamen bisher psychologische Hilfe, eine solche Unterstützung durch ein entsprechendes Programm ist dringend notwendig.*

In der Stadt funktioniert eine Kindertagesstätte mit vier Gruppen. Am Tage des Besuchs der Monitoring-Mission waren die Kinder bereits weg. Das Gebäude ist etwa im selben Zustand wie die Schulen, ohne Wasser, Sanitätseinrichtungen, ohne gesicherte Stromversorgung ist der Kita-Betrieb schwer bedenklich.

Bei Lohnauszahlungen gibt es keine Verzögerungen, aber die Beträge werden auf Bankkontos überwiesen. Einen Bankautomaten gibt es in diesem Ort jedoch nicht, um Geld abzuheben, muss man nach Kurachowo fahren.



**Schule Nr. 3 in Krasnohoriwka, die von 13 Granaten getroffen wurde. Soldaten bauen sie wieder auf**

## **Medizinische Versorgung**

Früher befand sich in Krasnohoriwka das Zentrale Krankenhaus des Bezirks Marjinskij (ZRB), eine große Anlage mit vier Gebäuden. Jetzt ist es zum Teil verwüstet. Seit Februar 2015 kann die Klinik ihren Betrieb nicht in vollem Umfang gewährleisten, so mussten die meisten Stationen nach Kurachowo verlegt werden. Am 3.006.2015 gab es einige Treffer von Artilleriegeschossen, nämlich ins Wirtschaftsgebäude, in die Garage und den Kesselraum. Im August 2015 traf eine Granate ins Dach des Krankenhauses. In Betrieb sind nur zwei Stationen, Lungenheilkunde und Neurologie sowie die Erste-Hilfe-Station und Leichenhalle. Die Erste Hilfe übernimmt ein zweistöckiges Haus, dessen Dach am 24.08.2015 um 21:55 durch eine Granate zerstört wurde. Die Station verfügt über nur zwei Rettungswagen, einer davon ist sehr alt. Im Bezirk Marjinskij sind insgesamt elf Rettungsteams tätig, zwei von ihnen in Krasnohoriwka. Obersanitäterin Inna Lysakowa berichtete, dass im Jahr 2014 ukrainisches Militär einen Rettungswagen samt Ausrüstung beschlagnahmten

wollte, die Mitarbeiter der Station sich jedoch dagegen gewehrt und den Wagen behalten hätten. Die Innere Station befindet sich in Kurachowo, die Bedingungen sind dort jedoch ärmlich. Das Krankenhaus in Krasnohoriwka war neu und bequem sowohl für Patienten wie auch für das Personal. Im Juni sollten eine Entbindestation und Gynäkologie eröffnet werden, aber wegen der Zerstörungen nach dem Beschuss wurde das unmöglich.

Das Krankenhaus wird nicht beheizt, die Erdgasheizung wurde zwar repariert, aber es gibt kein Gas. Die Wasserversorgung geschieht durch einen artesischen Brunnen, der vor kurzem gebohrt wurde. Wegen Arzneimangel gibt es keine Beschwerden, sie werden ausreichend geliefert.



**Folgen des Beschusses des Krankenhauses in Krasnohoriwka. Der letzte Beschuss war am 24.08.2015**

## Beschuss

Zerstörungen in Krasnohoriwka (Auswahl):

- **Zerbombte Tankstelle.** In ihrer Nähe war ein Loch von einem explodierten Artilleriegeschoss, der Beschuss war im Juni 2015. Anscheinend wurde auf die benachbarte Fabrik gezielt – deren Zaun verläuft 200 Meter weiter südlich.
- **Lermontow-Straße.**  
Etwa 200 Meter entfernt sind die Straßensperren der ukrainischen Streitkräfte.  
Auf der Straße sind von Geschossen und Granaten beschädigte Gebäude zu sehen.  
Das Haus Nr. 5, das bisher von Angriffen verschont geblieben war, wurde in der Nacht vom 28. auf den 29.09.2015 von Schrapnellen einer in der Nähe explodierten Granate getroffen. Fensterscheiben, eine Mauer und eine Tür wurden durchschlagen, eine Lehmmauer bekam Risse. Nur mit viel Glück wurden die Bewohner, ein älteres Ehepaar, nicht verwundet.
- Die **Straße des 8.März** verläuft parallel zur Lermontowa-Strasse, im Haus Nr. 21 wurde am 31. August eine Einwohnerin am Bein verwundet  
Das Haus gegenüber wurde durch zwei Treffer zerstört.
- Die **Schule Nr. 3** (in der 8-Marta-Strasse) wurde am 3. Juni durch zwölf Treffer beschädigt, das Militär bemüht sich um die Reparatur.
- Die **Schule Nr. 1 in der Solnetschnaja-Strasse** ist ein moderner gemauerter Neubau. Das Gebäude hat einige Treffer bekommen, im letzten Jahr fand dort kein Schulunterricht statt (damals war das Gebäude noch intakt). Auf dem Schulhof sieht man auf den Pflastersteinen Spuren und Abdrücke von Kettenfahrzeugen. Anlieger berichten, dass ukrainische Panzer hier neben der Schule waren.



**Reste einer explodierten Granate auf dem Gelände der Schule Nr. 1, Solnetschnaja-Str. Krasnohoriwka**



**Gebäude der Schule Nr. 1, Solnetschnaja-Str. Krasnohoriwka**

### **Weitere Beobachtungen: Gespräch in der Baptistengemeinde**

Die Baptistenkirche in Krasnohoriwka ist ein Ort, wo jeder Hilfe bekommen kann: Ob Essen, Kleidung und Schuhe oder was sonst mit der humanitären Hilfe gerade ankommt. Im ganzen letzten Jahr hat Pastor Sergei Kasatschenko seinen Nachbarn geholfen. Anfangs belieferte er sie mit Trinkwasser aus seinem Brunnen, danach installierte er dank einem von der EU geförderten Programm eine mit Filter ausgestattete Wasserstation und nun ist die Wasserversorgung in der Kirchenanlage gesichert. Pastor Sergei kaufte Brot ein, brachte es in die Stadt und verteilte es. Später konnte auch humanitäre Hilfe regelmäßig geliefert werden.

Nach Aussagen von Gemeindemitgliedern, die sich während des Beobachterbesuchs gerade in der Kirche aufhielten, gibt es in der Stadt Probleme mit Bestattungen, denn der Friedhof liegt in einem durch Beschießungen bedrohten Stadtteil. Als eine Gemeindeangehörige ihren verstorbenen Ehemann bestatten wollte, musste sie sich wegen Unterstützung an das Militär wenden. Leute starben auch durch direkte Treffer in die Häuser und durch Geschoss-Schrapnelle. Begräbnisse fanden auf privaten Höfen statt, weil es auf dem Friedhof zu gefährlich war. Wegen vieler nicht explodierter Geschosse bleibt es dort auch so.

Die Menschen in der Kirche berichteten über weitere Probleme der Zivilbevölkerung in der Stadt: Der materielle Mangel ist groß, es fehlt an Nahrungsmitteln, Kleidung, Baumaterial für Hausreparaturen. Die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich: Früher bot der große Betrieb für Feuerfeste Werkstoffe 4.200 Arbeitsplätze, seit Juni 2014 steht sie jedoch still. Die Betriebshallen haben zwar durch Beschuss gelitten, aber abgesehen von einigen Dachschäden sind sie vergleichsweise verschont geblieben. Nur die Ausrüstung wurde von Plünderern verwüstet. Zurzeit sind auf dem

Fabrikgelände ukrainische Streitkräfte stationiert<sup>17</sup>. Die zentrale Wasserversorgung in der Stadt ist zerstört und wird jetzt erst instand gesetzt. In Privathäusern gibt es nur Brauchwasser, die Baptistenkirche hat auf ihrem Grundstück eine Bohrquelle eingerichtet und versorgt die Nachbarschaft mit Trinkwasser: Anfangs in Flaschen, jetzt haben Freiwillige einen Tankwagen besorgt.

Seit zwei Jahren funktioniert die Gasversorgung in der Stadt nicht mehr. Die Kohle für die Heizöfen ist knapp, auch hat man kein Geld für sie. Es sind mitunter Parkbäume abgeholzt worden.

Im letzten Winter sind elf ältere Personen erfroren. Alle hier haben Angst vor dem Winteranbruch: "Bei mir waren es  $-2^{\circ}$  C in der Wohnung", beschwerte sich eine der Frauen.

Die Stromversorgung wurde seit August 2015 wieder in vollem Umfang gewährleistet, davor erreichte die Spannung nur 180 statt der regulären 220 Volt.

Die Rentner bekommen ihre Rente, jüngere Stadtbewohner haben weder solch ein Einkommen noch andere Verdienstmöglichkeiten.

Jetzt haben die Stadtwerke ihre Arbeit aufgenommen, unter anderem fährt die Müllabfuhr. Davor war die Stadt leer.

Im letzten Jahr sind sehr wenige Menschen über den Winter hier geblieben. Man versammelte sich in den Häusern, in denen es gute Heizöfen gab.

## 2.6 Marjinka

Marjinka ist eine Kleinstadt im Großraum Donezk etwa zehn Kilometer südwestlich von Donezk. Sie ist das Verwaltungszentrum des gleichnamigen Bezirks (Rajon) und liegt an der Straße nach Westen Richtung Dnipropetrowsk. Die nächste Eisenbahnstation befindet sich in Krasnohoriwka. Die Bevölkerungszahl betrug 9.775 Menschen (01.01.2015). Zurzeit liegt Marjinka in der Nähe von Stellungen der selbsterklärten „DNR“ unweit der Kontaktlinie.

Davor, am 30.11.2014, besuchten zwei Teilnehmer der Beobachtergruppe, Oleg Orlow und Jan Ratschinski, diese Stadt und konnten eine Reihe Stadtbewohner befragen sowie einige Stadtteile und Wohnblöcke besichtigen.

---

<sup>17</sup> Die Fabrik liegt im südlichen Teil von Krasnohoriwka und ist überwiegend von einstöckigen Wohngebäuden umgeben (siehe:

<http://wikimapia.org/#lang=ru&lat=47.999370&lon=37.507432&z=16&m=b>). Es ist ersichtlich, dass keine Feuerstellungen auf dem Fabrikgelände sind, kein\_e Anwohner\_in hat sich darüber beklagt. Gäbe es sie, hätten die Einwohner\_innen davon erzählt. Ebenso ersichtlich ist, dass das Fabrikgelände von Seiten der selbsterklärten "DNR" beschossen wurde, wodurch sich wahrscheinlich die Treffer im Wohngebiet erklären lassen.

## Beschuss

Während der kriegesischen Auseinandersetzungen in Donezk im Juli und August 2014 geriet Marjinka zwischen die Fronten der ukrainischen Streitkräfte und der selbsterklärten „DNR“, die Stadt wurde mehrmals durch Artillerie beschossen. Es gab zahlreiche Opfer. Während der Kriegshandlungen wurde die Stadt mehrmals von der einen oder anderen Seite eingenommen, zuletzt übernahmen ukrainische Streitkräfte am 04.08.2014 im Zuge der Donezk-Offensive die Kontrolle über Marjinka. Davor wurde die Stadt im Juli mehrmals von vorrückenden ukrainischen Truppen beschossen. Nach Aussagen von Einheimischen, die von Orlow und Ratschinski im November 2014 befragt wurden, waren der Beschuss am 11.07.2014 und danach zwischen 31.07. und 04.08.2014 besonders schwer.

Zum Beispiel hatte ein Geschoss das fünfstöckige Wohnhaus in der Sawodskaja-Str. 15 getroffen, dabei starben ein Mann und eine Frau. Durch eine vor diesem Haus explodierte Granate starb ein Passant. Am selben Tag wurde in der Sawodskaja-Str. 6 ein dreistöckiges Mehrfamilienhaus durch ein Artillerie-Geschoss teilweise zerstört und brannte anschließend nieder. Die meisten der Hausbewohner fanden im Keller Zuflucht, trotzdem war ein Mensch ums Leben gekommen. Die Gesprächspartner betonten, dass sich zu dieser Zeit keine Angehörige von „DNR“-Streitkräften in der Nähe des Hauses aufhielten, auch befand sich dort kein Militärgerät, sie befanden sich einen Kilometer entfernt von diesem Stadtteil.

In diesem Stadtteil gibt es auch weitere Wohnhäuser, die durch Artilleriebeschuss gelitten hatten. Anfang Juni 2015 unternahmen Einheiten der selbsterklärten „DNR“ einen Angriffsversuch im Gebiet von Marjinka und Krasnohoriwka unter Einsatz von schwerer Artillerie. Nach Schätzungen eines BBC-Journalisten<sup>18</sup> war das die schwerste kriegesischen Auseinandersetzung seit der Unterzeichnung des Minsk-II-Abkommens im Februar 2015. Am 02./03.06.2015 dauerte der Artilleriebeschuss 18 Stunden lang.

Am 09.06.2015 wurde ein Internat zerstört. Ein Beschuss vom 14.06.2015 wurde im Internet in der Facebook-Community „Marjinka Segonja“ („Marjinka heute“) so geschildert<sup>19</sup>:

*Das Gefecht fing in der Nacht bei Nowomarjinka an, geschossen wurde aus Maschinengewehren, Granatwerfern, Panzern, vielleicht auch aus anderem Gerät. Um 7 Uhr morgens setzte der Kampf mit neuer Energie an. Mehrere Stadtteile haben Artillerietreffer erlitten:*

- 1. Die Turnhalle in der Schule-1 erwischt;*
- 2. Sawodskaja-Str. 22 – ein Dachtreffer;*
- 3. Sawodskaja-Str. 14 – Fenster zerstört;*
- 4. Sawodskaja-Str. 33 – zahlreiche Explosionslöcher neben dem Wohnhaus;*
- 5. KiTa in der Sawodskaja-Str. – Treffer in die Musikhalle;*
- 6. Tschapajewa-Str. 42 – Verglasung einer Terrasse (das Geschoss hat den alten Betonzaun im Feld getroffen);*
- 7. Rajsojusnij-Gasse – Treffer neben der ehemaligen KiTa (jetzt eine Kfz-Werkstatt);*
- 8. Ordzhonikidse-Str. 154 – ein Dachtreffer*
- 9. Schtschorsa-Str. 44 – Glas- und Dachsäden;*

---

<sup>18</sup> <http://www.bbc.com/news/world-europe-32988499>

<sup>19</sup> <http://donbass.ua/news/region/2015/06/14/v-marinke-nakrylo-shkolu-detskii-sad-i-zhilye-doma.html>

*10. Schtschorsa-Str. 46 – Schornstein zerstört;*

*11. Das Wachhäuschen im Stadtwerkhof zerstört (ohne Opfer); in der Ordzhonikidse-Str. gab es einen Verletzten.*

*12. Schtschorsa-Str. 76 – ein Dachtreffer.*

*Gegen 10 Uhr hörte das Gefecht auf. Zurzeit ist es in der Stadt ruhig. Im Stadtzentrum halten sich einige Menschen auf.*

Zuletzt vor dem Besuch der Beobachtungsmission wurde Marjinka am 28.09.2015 beschossen, ein Geschoss traf in ein Wohnhaus in der Thälmann-Straße. Anlieger berichteten, dass aus Richtung Horliwka geschossen wurde.

Einige Wohnhäuser wurden mehrmals getroffen. So wurde das dreistöckige Haus in der Sawodskaja-Str. 4 am 11.07.2014 bei der Offensive der ukrainischen Armee getroffen, das Geschoss kam von der ukrainischen Seite.

Im Januar 2015 waren es dann Geschosse aus der „DNR“ (aus Donezk). Die Hausbewohner flickten danach die Fensterscheiben in den noch erhaltenen Wohnungen. Aber in diesem Herbst wurde der Stadtblock wieder von Donezk aus beschossen, die Granaten fielen zwar daneben, die Fenster flogen aber wieder aus den Rahmen.

Die Zerstörungen in der Stadt sind erheblich. Das Rathaus wurde geschlossen, die Stadtverwaltung ist nach Kurachowo gezogen. Vor dem Konflikt waren zwei Betriebe tätig: eine Kfz-Reifenfabrik und eine Soft-Drink-Produktion. Heute steht alles still, bis auf ein paar Läden, Schule und die Poliklinik.

Während der beiden Beobachtungsmissionen konnten wir in Marjinka nur einmal ein Gespräch mit dem Vertreter der Polizei führen. Der örtliche Polizist hörte den Beobachter\_innen aufmerksam zu, überprüfte ihre Papiere und machte für sie dann eine kurze Führung an Orte, die besichtigungswürdig sind: Den verwüsteten Wohnblock, eine Kochstelle, wo die Nachbarschaft sich Essen zubereitet, und zeigte den weiteren Weg. Von ihm erfuhren die Beobachter\_innen, dass die städtische Polizeistation auch mehrmals getroffen wurde und irreparable Schäden erlitt.

Nach Angaben des Stadtrates sind 150 Häuser in Marjinka völlig zerstört und über 500 beschädigt. Zurzeit werden nur öffentliche Einrichtungen auf Kosten der Stadtverwaltung wieder gebaut. Wohnhäuser werden durch deren Bewohner selbst repariert. Das dafür benötigte Material wird teils von Freiwilligen hergebracht, teils selbst erworben.



**Marjinka. Haus mit den Folgen eines Granateinschlages**



**Marjinka. Gebäude der Schule Nr. 2 (Turnhalle mit Schwimmbad), das unter Beschuss gelitten hat. Die Schule ist geöffnet, die Turnhalle muss wiederaufgebaut werden**

## **Bildung**

Am 1. September 2015 haben zwei Schulen in Marjinka den Betrieb aufgenommen. Die eine Schule hat 180 Schüler\_innen, die andere, die näher zur Kontaktlinie liegt, wird von 155 Schüler\_innen besucht, 36 von ihnen sind Erstklässler.

Die Schule Nr. 2 ist für 570 Schüler ausgelegt, heute besuchen sie nur 138 Kinder. Der Unterricht wird in zwei Sprachen angeboten, in Ukrainisch und in Russisch. Die Klassen haben etwa fünf bis zehn Schüler\_innen.

In Krasnohoriwka kam der Sportlehrer ums Leben, er war auch in dieser Schule tätig. Seine Ehefrau arbeitet in der Schule Nr. 3 in Krasnohoriwka. Letztes Jahr fiel ein Kind den Kriegshandlungen zum Opfer, aber nicht in der Schule, sondern zu Hause. Das erzählte Valentina Bolotowa, die beim Wachpersonal in der Schule arbeitet. Die durch Beschuss zerschlagenen Fenster wurden ausgetauscht, die Schule ist für das neue Schuljahr bereit.

Die Schule Nr. 1 macht einen bitteren Eindruck; sie war eine moderne, gut ausgestattete Schule. Heute sind dort die Turnhalle und das Schwimmbad vom Beschuss ruiniert. Von außen haben Schüsse und Schrapnelle zahlreiche Spuren an der Fassade hinterlassen. Von innen konnten wir die Schule nicht besichtigen, weil Samstag ein Ruhetag ist.

2014 versuchte man, das Internat in Marjinka nach Russland zu evakuieren. Aber nach Verhandlungen der Menschenrechtsbeauftragten von Russland und der Ukraine kehrten alle 54 Kinder in die Ukraine zurück. Später benutzte das ukrainische Militär die Räumlichkeiten des Internats. Im Juni 2015 wurde das Gebäude schwer beschädigt und kann heute nicht benutzt werden.

## **Medizinische Versorgung**

Von den medizinischen Einrichtungen funktioniert nur die Poliklinik in der Stadt, die im Gebäude des medizinischen Bezirksreferats untergebracht ist. Zwar sollten dort auch am Samstag Sprechstunden sein, die Poliklinik hatte jedoch beim Besuch der Monitoring-Gruppe zu, so dass es sich keine Gelegenheit für ein Gespräch bot.

## **Weitere Beobachtungen: Gespräch in der St. Kasan-Kirche**

Die St. Kasan-Kirche des Moskauer Patriarchats (Lenin-Str. 5) wurde auch von einigen Schrapnellen getroffen. Priester Sergij Geyko berichtete, dass am 03.06.2015 ein Geschoss ins Dach des Baptisteriums fiel. Im selben Gebäude befinden sich Privaträume des Priesters, der an dem Tag in Kurachowo unterwegs war. Weiter erzählte Vater Sergij, dass am Tag des Besuchs der

Monitoring-Gruppe 03.10.2015) gerade 40 Tage verstrichen sind seit dem Tod eines fünf Monate alten Mädchens, das im eigenem Bett von einem Schrapnell getötet wurde. Ihre Eltern waren neben ihr, blieben jedoch unversehrt. Er berichtete von Begräbnissen von Dutzenden Menschen (etwa 30 Zivilisten), die durch Schüsse ums Leben kamen. Vater Sergij beschwert sich über Schwierigkeiten, nach Donezk zu gelangen, wo die kirchliche Verwaltung ihren Sitz hat. Viele Stadtbewohner sind abgereist und die Kirchengemeinde ist geschrumpft. Neue Gesichter gibt es kaum. Als Angehörige der „DNR“-Streitkräfte noch in Marjinka waren, kamen sie zum Gottesdienst. Die jetzigen Soldaten meiden die Kirche, der Priester vermutet, dass sie alle aus der Westukraine stammen und zum Kiewer Patriarchat gehören. In der Kirche wird humanitäre Hilfe verteilt, 2014 hat man hier sogar die Rente ausgezahlt.

In der Stadt sind auch andere Konfessionen vertreten, aber die meisten Priester haben die Stadt verlassen.

Der Priester wies auf ein weiteres Problem hin, welches einen genaueren Blick wert ist. In seiner Gemeinde wird nämlich von Fällen berichtet, in denen Militärangehörige verlassene Häuser unerlaubt besetzen. Nach Rückkehr der Besitzer stünden diese vor einem Problem. In einigen Fällen könnten die Besitzer und Soldaten eine Lösung finden: Die Militärangehörigen zögen aus oder blieben mit Zustimmung der Besitzer wohnen. In anderen Fällen finde sich keine Lösung für dieses Problem.

Die Eigentumsfrage darf nicht außer Acht gelassen werden.

Die Polizei Sorge in Marjinka für Ordnung und die Bevölkerung habe ein gutes Verhältnis zu ihr. Dafür machen die Straßensperrungen das Leben nur schwer, und das noch auf eigenem Grund und Boden. Die Menschen verlangten, dass die Straße nach Donezk wieder frei gemacht werden soll, denn dort haben viele ihre Verwandten. Und jetzt müssen sie einen großen Umweg über Wolnowacha machen. Die Reise nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, lange Warteschlangen entstehen.

Humanitäre Hilfe kommt vor allem von der Rinat-Achmetov-Stiftung, daneben auch vom Internationalen Roten Kreuz und der Orthodoxen Kirche (Mehl, Buchweizen, Schweinespeck, Konserven, Kleidung).

## **2.7 Mykolajiwka**

Mykolajiwka ist eine Stadt im Gebiet Donezk, die im Großraum Kramatorsk liegt und zum Stadtkreis Slowjansk gehört. Den Stadt-Status erhielt der Ort im Jahr 2003. In Mykolajiwka befindet sich das Wärmekraftwerk Slowjansk. Am 01.08.2015 betrug die Einwohnerzahl 15.391 Menschen. Während des bewaffneten Konflikts im Osten der Ukraine bekam Mykolajiwka neben

anderen Orten eine Schlüsselrolle für die Bildung von bewaffneten Gruppierungen der selbsterklärten „DNR“ und die Verteidigung des Knotenpunkts von strategischer Bedeutung in Richtung von Isjum nach Donezk im befestigten Raum Slowjansk-Kramatorsk.

Am 3. Juli 2014 wurde Mykolajiwka durch ukrainische Truppen vollständig blockiert. Während des Gefechtes wurden in der Stadt sechs Stützpunkte und ein Munitionslager der „DNR“-Streitkräfte vernichtet, und am 4. Juli übernahmen die Truppen der Nationalgarde und die Spezialeinheiten des Innenministeriums der Ukraine die Kontrolle über die gesamte Stadt.

Die Schlacht um Mykolajiwka dauerte drei Tage und die Stadt erlitt erhebliche Zerstörungen. Durch einen Luftschlag der ukrainischen Armee wurde ein Aufgang einer Wohnhauszeile auf der Mira-Str. 11 komplett zerstört, dabei starben 14 zivile Bewohner.



**Mykolajiwka. Zerstörtes Gebäude auf der Mira-Str. 11. Baugerät steht bereit, der Beginn der Arbeiten ist zu erkennen.**



**Bauschild mit Beschreibung der Arbeiten für den Wiederaufbau des Hauses auf der Mira-Str. 11 in Mykolajiwka.**

In einer Wohnung im vierten und damit obersten Stock wohnt die 85-jährige Nina Jarowaja. Hinter der Zimmerwand ist ein Abgrund, hier brach ein Teil des Hauses zusammen. Die alte Dame hat es irgendwie geschafft, in einer unbeheizten Wohnung zu überwintern. Die Wände sind verschimmelt, die Wohnung ist nun kaum bewohnbar. Durch die Löcher in der Decke sind der Himmel und der Baukran zu sehen, der neben dem Haus aufgestellt wurde, der Putz rieselt auf den Kopf. Frau Jarowaja wurde eine Notunterkunft in einem Wohnheim angeboten, ein Umzug fällt in ihrem Alter aber schwer.

Die Bewohner erhielten keine Entschädigungen. Für die Aufnahme von Reparaturarbeiten im zerstörten Hausteil brauchte man genau ein Jahr, drei Monate und 24 Tage. Die Monitoring-Gruppe ist der Ansicht, dass die Dauer der Wiederaufbauarbeiten nicht akzeptabel ist. An anderen durch Kriegshandlungen beschädigten Orten der Stadt sind ebenso Verzögerungen beim Wiederaufbau zu verzeichnen, die Verwaltung nimmt sich dabei offensichtlich Zeit. Alle Reparaturarbeiten erledigen die Bewohner aus eigenen Kräften und Mitteln oder mit Unterstützung von Freiwilligen.

**Das Haus in der Parkhomenko-Str. 7** Am 3. Juli 2014 traf eine Luft-Bodenrakete von einem ukrainischen Kampfflugzeug ins Dachgeschoss eines fünfstöckigen Wohnhauses. Das Haus wurde teilweise zerstört. Durch die Druckwelle wurden Türen im Eingangsbereich sowie Fenster in den Wohnungen beschädigt.



**Zerstörtes Haus, Parchomenko-Str. 7, Mykolajiwka.**

Seither wurden keine Reparaturen am Haus vorgenommen, eine Teil-Renovierung machten die Bewohner eigenständig.

Die versammelten Hausbewohner drückten eine starke Unzufriedenheit darüber aus, dass sie keine Unterstützung vom Staat bekämen, sie empfanden sich vernachlässigt, und das Fernsehen verbreite nur Lügen. Der schwerste Vorwurf besteht darin, keine Unterstützung durch den Staat zu erhalten, man fühlt sich im Stich gelassen.



**Treffen mit der Juristin Inna Fedorowna, die mit Binnenflüchtlingen in Kramatorsk arbeitet**

## **2.8 Kramatorsk**

### **Binnenflüchtlinge**

In Mykolajiwka fand auch ein Treffen mit Inna Fedorowa statt, einer Juristin, die sich um die Probleme der Binnenflüchtlinge in der nahegelegenen Stadt Kramatorsk kümmert.

Sie berichtete von der allgemeinen Situation der Binnenvertriebenen in Kramatorsk und ihren vorrangigen Problemen.

Inna Federowna zufolge sind in Kramatorsk bei 190.000 Einwohner\_innen 50.000 Binnenvertriebene registriert. Von diesen fahren 30 bis 40 Prozent zwischen ihrem Wohn- und Fluchtort hin und her (viele darunter sind Rentner, die sich hier für den Erhalt ihrer Rentenzahlungen registriert haben), die anderen wohnen tatsächlich in Kramatorsk.

Insgesamt sind im ukrainisch kontrollierten Donezker Gebiet 500.000 IDPs registriert (ein Drittel der Gesamtzahl der Binnenflüchtlinge in der Ukraine); im Luhansker Gebiet sind es um die 270.000, im Charkiwer Gebiet an die 190.000.

Problematisch ist, dass es kein Verfahren für Entschädigungen für zerstörten Wohnraum und verlorenes Eigentum gibt. Deswegen wollen diejenigen, die unter Beschuss gelitten haben, sich

nirgendwo hinwenden und beschweren. Sie müssen sich lange um die Beibringung von Dokumenten bemühen, die ihre Verluste bestätigen, Strafverfahren initiieren usw.. Die Menschen haben den Glauben verloren, sind müde und wollen sich nicht damit beschäftigen.

Bei Sozialleistungen gibt es Probleme. Zum Beispiel erhalten Mütter, die auf nicht von der Regierung kontrolliertem Gebiet entbunden haben, keine Sozialleistungen für die Kinder, weil sie keine ukrainische Geburtsurkunde haben. Diese müssen vor Gericht erstritten werden.

Ebenso verhält es sich bei Eheschließungen und Scheidungen, Sterbeurkunden und anderen Dokumenten.

Es ist problematisch, den Status als Binnenflüchtling zu erhalten. Dieser wird Personen gewährt, die aus Awdijiwka weggegangen sind, aber wer Popasna verlassen hat, das beschossen wurde, erhält keine Anerkennung.<sup>20</sup>

Diese Frage ist mehrfach aufgeworfen worden, hat aber bis heute aber keine Lösung gefunden.

Es ist für Binnenflüchtlinge praktisch unmöglich, in Kramatorsk Arbeit zu finden. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht, stattdessen werden welche abgebaut. Die Fabriken arbeiten nicht mit voller Auslastung.

Rentner, die hier registriert sind, erhalten Renten und individualisierte Hilfe. Dabei ist es langwierig, schwierig und teuer, die Kontaktlinie zur "DNR" zu überqueren. Besonders mit dem Bus dauert es lange, weil jede\_r Passagier\_in durchsucht und überprüft wird. Insgesamt kostet eine Fahrt über den Straßenkontrollpunkt Sajtsewe 250 bis 300 Hrywnja (10 bis 12 Euro).

Personen im Staatsdienst, die aus den Gebieten, die nicht von der Ukraine kontrolliert werden, ausgereist sind, versuchen die ihnen zustehenden ausstehenden Lohnzahlungen für die Arbeit bei öffentlichen Betrieben, die aus kommunalen Haushalten finanziert wurden, zu erhalten. Aber es wird nichts an sie ausgezahlt, es gibt keine Mittel dafür. Sie gewinnen Gerichtsverfahren, aber die Entscheidungen der Gerichte werden nicht umgesetzt, weil es keinen Anspruchsgegner gibt - diese Unternehmen lassen sich nicht neu auf von der Ukraine kontrolliertem Gebiet registrieren.

Ein großes Problem gibt es bei Wohnraum: es fehlen Räumlichkeiten für die Unterbringung von Binnenvertriebenen. Sie suchen selbst Wohnraum. Eine Ein-Zimmer-Wohnung kostet etwa 1.500 bis 2.000 Hrywnja (60 bis 80 Euro) im Monat. Obwohl viele die Unterlagen für den Erhalt von Unterstützung eingereicht haben, hat bislang noch niemand Hilfe ausgezahlt oder bewilligt bekommen.

Bei der Schulausbildung der Kinder gibt es keine Schwierigkeiten, alle werden in Schulen aufgenommen und unterrichtet.

---

<sup>20</sup> Popasna ist eine Stadt im Luhansker Gebiet, die abgesehen von Juni / Juli 2014, unter ukrainischer Kontrolle war bzw. ist. Stellungen bewaffneter Formationen der selbsterklärten "Volksrepublik Luhansk" befinden sich in unmittelbarer Nähe.

## 2.9 Swjatohirsk

### Binnenflüchtlinge

Hier besuchte die Beobachtungsgruppe ein Pensionat, in dem Binnenflüchtlinge untergebracht sind; dabei handelt es sich um Einwohner\_innen aus Horliwka, Debalzewe, Awdijiwka und Mironiwka, insgesamt 130 Personen (30 Kinder, 70 Frauen, 30 Männer).

Hier gibt es folgende Probleme: Die Unterkunftskosten werden nicht übernommen. Die IDPs zahlen für den Wohnraum und den Strom. Ohne Strom gibt es weder Licht noch Wärme noch Wasser.

Seit Mai gibt es keine Kohle und kein heißes Wasser. Deswegen muss zum Heizen heimlich Holz im Wald gesammelt werden. Zudem sind die IDPs, die im Sanatorium leben, gezwungen, auch die Arbeit des Heizers selbst zu bezahlen. Dadurch gibt es nur einen Badetag in der Woche, an dem sie sich und ihre Kleidung waschen können.

Die Angestellten des Sanatoriums erhalten seit Mai 2015 kein Gehalt; übrig geblieben sind nur vier Köche, vier Hausmeister\_innen sowie zwei Sicherheitsleute. Die örtlichen Behörden versprechen, die Frage der ausstehenden Gehaltszahlungen zu lösen, bislang ist aber nichts dergleichen geschehen.

Die Binnenflüchtlinge verdienen sich ab und an etwas hinzu, aber es gibt fast keine ständige Arbeit, denn hier gibt es keine Fabriken oder großen Unternehmen. Die Lehrer\_innen fanden Arbeit in den Schulen, junge Frauen arbeiteten vorübergehend als Putzfrauen.

Mit der Schulausbildung der Kinder gibt es keine Probleme. Auch das Problem mit den Kindergärten ist - wenn auch mit Schwierigkeiten - gelöst, die Kinder wurden aufgenommen.

Ein Notarzt kommt, wenn erforderlich. Auch die Poliklinik nimmt Patienten an, jedoch müssen alle Medikamente selbst bezahlt werden.

In dem Sanatorium wohnen nur Binnenvertriebene, die restlichen Gebäude stehen leer, wodurch das Sanatorium selbst keine Einnahmen hat, aber Grundsteuer bezahlen muss. Zum Zeitpunkt des Besuches der Monitoringgruppe war nicht geklärt, wie das Sanatorium seine Schulden bei den kommunalen Versorgungsbetrieben begleicht oder woher es Kohle für den Heizkessel erhält.



**Swjatohirsk. Pensionat, in dem Binnenflüchtlinge aus Horliwka, Debalcewe, Awdijiwka, Mironowki. Treffen mit den Beobachter\_innen**

**Krasnyj Lyman** liegt im Norden des Donezker Gebietes knapp 140 km entfernt von Donezk. Die Einwohnerzahl liegt bei 22.315 Personen (Stand 01.01.2015).

Am 11.05.2014 fanden die ersten schweren Kämpfe in der Gegend von Krasnyj Lyman statt, als die ukrainischen Streitkräfte einige Straßensperren der selbsterklärten "DNR" auf dem Weg in die Stadt zerstörten. Am 13. Juni begann der ukrainische Vorstoß auf Krasnyj Lyman. Am nächsten Tag nahmen die Einheiten der Nationalgarde und der Armee die Stadt unter ihre Kontrolle. Im Zuge der Kampfhandlungen wurde das Eisenbahnkrankenhaus mit Mörsern beschossen. Im Juni 2014 war eine Gruppe Menschenrechtler\_innen in Krasnyj Lyman (darunter auch L. Klotschko und O. Orlow aus dieser Monitoringgruppe).

Es wurde festgestellt, dass acht oder neun Granaten auf dem Gelände des Krankenhauses einschlugen und die chirurgische und therapeutische Abteilung beschädigt wurden (das Dach wurde von einer Granate getroffen). Durch einen Granatsplitter wurde ein Chirurg getötet.<sup>21</sup>

Zum Moment des Besuches durch die Monitoringgruppe (04.10.2015) waren keine Beschädigungen auf dem Gelände des Eisenbahnkrankenhauses zu bemerken. Innerhalb von zwei Monaten war es gelungen, das Krankenhaus vollständig wiederherzustellen. Das ist ein positives Beispiel für eine schnelle und qualitativ hochwertige Beseitigung von Schäden.

<sup>21</sup> "Bericht über den Monitoringbesuch in Krasnyj Lyman im Donezker Gebiet der Ukraine am 02.07.2014 im Rahmen der Tätigkeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe aus russischen und ukrainischen Menschenrechtsorganisationen" <http://memohrc.org/news/otchet-o-monitoringovom-vizite-v-g-krasnyy-liman-doneckoy-oblasti-ukraina-osushchestvlenom>

### **3. Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

#### **3.1 Verletzung des Rechtes auf Eigentum durch Untätigkeit der Behörden**

Eines der wesentlichsten Probleme ist das Fehlen eines geeigneten Verfahrens zur Beseitigung bzw. Kompensation der erlittenen materiellen Schäden. Menschen, die unter Kriegshandlungen gelitten haben (Beschuss, Blockaden) haben in vielen Fällen weder von Staat noch Kommunen Hilfe erhalten. Bis jetzt gibt es kein Verfahren für die Berechnung und Auszahlung von Entschädigungen aus dem Staatshaushalt für zerstörten Wohnraum. Während Krasnohoriwka und Marjinka noch im September 2015 beschossen wurden, stammen die Zerstörungen in Slowjansk und Mykolajiwka aus dem Juni und Juli 2014; die Bewohner beschädigter Häuser mussten nach eigenen Angaben alle Reparaturen und Wiederaufbaumaßnahmen selbst bezahlen, ein Teil der Gebäude war noch zum Zeitpunkt der Monitoringreise zerstört und nicht wieder aufgebaut. So war es in Mariupol und Awdijiwka. Als positive Beispiele können Artemiwsch (heute Bachmut), Sartana und Switlodar gelten<sup>22</sup>.

Ein Beispiel für eine pro-aktive Vorgehensweise gibt es etwa in Sartana. Die dortige Praxis hinsichtlich der Feststellung von Schäden, deren Schätzung und der Hilfe für die Bevölkerung bei der Beseitigung der Folgen des Beschusses sollte auf alle Ortschaften in der Konfliktzone ausgedehnt werden.

Es zeigt sich, dass echte und effektive Hilfe vorrangig von Einrichtungen der lokalen Selbstverwaltung geleistet wird; deswegen ist es wichtig, dass das Verfahren zur Hilfe für die Betroffenen (das außer den oben angeführten Aufgaben auch eine Kontrolle über deren zeitnahe Realisierung beinhalten soll) durch die örtlichen Selbstverwaltungsorgane umgesetzt wird, wobei diese mit den nötigen Mitteln und einer Kontrolle zur Verwendung der Gelder und Qualität der Wiederaufbaumaßnahmen unterstützt werden müssen.

#### **3.2 Verletzung des Rechtes auf Information**

Menschen, die durch Kampfhandlungen (Beschuss, Blockaden) geschädigt wurden, verfügen oft über keine Information, wie sie Entschädigung oder Unterstützung durch den Staat oder lokale Behörden erhalten. Es mangelt ebenso an Informationen für die Binnenflüchtlinge, wie sie Hilfe von staatlichen Strukturen erhalten können.

Wichtig scheint ebenso, die Bevölkerung in geeigneter Weise über die aktuelle Situation zu informieren, über die Konfliktparteien, über diejenigen, die für den Beschuss verantwortlich sind. In Mariupol etwa hatte die Bevölkerung des beschossenen Stadtteils keine eindeutige Antwort auf die Frage, wer die Stadt im Januar 2015 beschossen hatte und äußerten die unterschiedlichsten

---

<sup>22</sup> Zu Awdijiwka, Artemiwsch, Switlodar: siehe Bericht I aus diesem Projekt.

Meinungen, wer verantwortlich sei. Im Gegensatz dazu gibt es in Sartana eindeutige Karten zu den Beschüssen, öffentlich zugänglich im Gebäude der Gemeindeverwaltung ausgehängt. Es bedarf verpflichtender Informations- und Bildungsprogramme für die Bevölkerung, vor allem für Kinder und Jugendliche, um Todesfälle und Verletzungen zu verhindern, die aus dem falschen Umgang mit Munition resultieren.

Schließlich äußerten viele Gesprächspartner\_innen Vorbehalte in Anbetracht falscher vorherrschender Informations-Stereotypen. So hätten die Bewohner dieser Region etwa das Image von "Quasi-Separatisten", während sie eine einige Ukraine unterstützten. Diese Stereotypen müssen durch geeignete und wahrheitsgemäße Informationen in den Medien beseitigt werden.

### **3.3 Achtung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung**

Es sei angemerkt, dass trotz der in Mariupol ausgehängten Plakate, die zur Bekämpfung des "alltäglichen Separatismus" aufrufen, Personen, die separatistische Ideen unterstützen, sich regelmäßig (und ohne vorherige Anmeldung) auf dem zentralen Platz der Stadt versammeln und ihre Ablehnung der ukrainischen Regierung ausdrücken können. Sie werden dafür nicht verfolgt, zumindest gibt es dafür keine Hinweise. Die Frage nach Strafverfahren wegen Separatismus und der Verhältnismäßigkeit der staatlichen Einmischung dabei in die Umsetzung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung bedarf einer zusätzlichen Untersuchung.

### **3.4 Verletzung des Rechtes auf Bewegungsfreiheit**

Alle Gesprächspartner wiesen auf das schwierige, langdauernde und mühsame Verfahren zur Überschreitung der Kontaktlinie zwischen den ukrainischen Streitkräften und den Befürwortern der selbsterklärten "Volksrepubliken" hin; ebenso auf Missbrauch an vielen Straßensperren, an denen eine Gebühr für die Überquerung in Abhängigkeit von Fahrzeugtyp und Ladung erhoben wird. Der Staat muss das Verfahren zur Überquerung der Kontaktlinie, soweit möglich, maximal vereinfachen, normale sanitäre Bedingungen bereitstellen und Missbrauch an den Straßensperren abstellen.

Ein eigenes Problem ist der Zustand der Straßen in der Konfliktzone. Manchmal sind diese sehr stark beschädigt und es bedarf besonderer Sorgfalt, sie zu befahren. Dabei ist nicht im Mindesten absehbar, wann diese beschädigten Straßen repariert oder in einen erträglichen Zustand gebracht werden. Es muss ein genauer Plan zur Reparatur von Straßen und damit verbundenen Bauwerken (Brücken, Hochstraßen), die unter den Kampfhandlungen gelitten haben, entwickelt und umgesetzt werden.

### **3.5 Unzureichende Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte - das Recht auf Zugang zu kommunalen Leistungen, zu Bildung, medizinischer Hilfe usw.**

Ein Hauptproblem bei der Wärmeversorgung in allen Orten stellt der Mangel an Kohle dar. Aus dem Verbot, Kohle aus der selbsterklärten "DNR" einzuführen, resultiert entweder, dass sich der Preis auf das Doppelte erhöht oder es gar keine Kohle gibt - und das ruft unvermeidlich Unmut hervor. Dabei könnte die Gestattung der Kohleinfuhr von jenseits der Kontaktlinie das Problem mit Brennstoffen für den Winter lösen.

In vielen Orten des Kreises Wolnowacha (Bachtschewitsch, Tschermalyk, Berdjanske, Nowotrojske, Hranitne) dauerte der Beschuss bis in den späten September. In fast allen Orten gibt es weiterhin weder Wasser noch Gas; oft fehlt auch Strom. Berdjanske ist ohne Wasserversorgung. Dennoch wurden die Schulen - abgesehen von drei durch Beschuss zerstörten - zum Beginn des neuen Schuljahres geöffnet. Der Aufbau der durch Beschuss beschädigten Schulen wurde durch die Bevölkerung finanziert.

Krasnohoriwka und Marjinka sind zwei Städte an der Frontlinie, die noch im September 2015 dem Artilleriebeschuss durch die selbsterklärte "DNR" ausgesetzt waren. Beide Ortschaften brauchen einen eigenen Wiederaufbauplan und ein Konzept für die Herstellung normaler Lebensbedingungen. Dabei müssen besonders Kinder und der Unterrichtsprozess berücksichtigt werden: in diesem Schuljahr sind in Krasnohoriwka von fünf Schulen nur zwei geöffnet, einer droht die Schließung wegen der herannahenden Kälte; in Marjinka ist eine Schule vollständig hergerichtet, die zweite muss repariert werden. Die Schule Nr. 5, die im Juli 2015 von 14 Minen getroffen wurde, muss repariert und wiederhergestellt werden. Ein ganzer Stadtteil ist ohne Schule, die Kinder müssen zur einzigen intakten Schule etwa anderthalb Kilometer laufen. Besondere Aufmerksamkeit muss der Gewährleistung von normalen Unterrichtsbedingungen gewidmet werden, weil andernfalls Eltern mit Kindern aus den Städten wegziehen werden, in denen das Leben unter den Bedingungen des andauernden Konfliktes sehr schwierig ist.

Es gibt keine systematische Bereitstellung von psychologischer Hilfe. Eine eigene Gruppe von Psychologen arbeitet nur in Mariupol. In einigen Orten arbeiten Psychologen schulbezogen (Sartana). In Krasnohoriwka gibt es keine psychologische Hilfe, obwohl derartige Programme sowohl von Kindern, Eltern als auch allen Opfern von Beschuss gebraucht werden.

In einigen Orten wiesen die Gesprächspartner auf Probleme bei der Versorgung mit Gütern hin, einen Mangel an Geldautomaten und langen Schlangen davor.

Insgesamt fangen Freiwillige, die verschiedenartige wohltätige Hilfe leisten, in vieler Hinsicht fehlendes staatliches Handeln auf. Dennoch muss die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte, Wiederaufbau von zerstörten Gebäuden und Infrastruktur sowie materielle, medizinische, psychologische und andere Hilfe an Geschädigte oberste Priorität des Staates in dieser Region sein.

### 3.6 Rechte der Binnenvertriebenen

Nicht alle Binnenvertriebenen können eine Bescheinigung über ihren Status erhalten. Diesen erhalten Personen, die aus den Gebieten geflohen sind, die nicht von der Ukraine kontrolliert werden; wer aber aus Orten an der Kontaktlinie vor Beschuss geflohen ist, erhält keine Anerkennung. Der Status muss vor Gericht erstritten werden.

Nachdem Dokumente, die von der selbsterklärten "DNR" und "LNR" ausgegeben werden, in der Ukraine keine Gültigkeit haben, gibt es keine Sozialleistungen für Kinder, die auf Gebiet geboren wurden, das nicht von der Regierung kontrolliert wird. Ukrainische Geburtsurkunden müssen gerichtlich eingeklagt werden. Das selbe Problem besteht bei Eheschließungen und Scheidungen, dem Erhalt von Sterbeurkunden und anderen Dokumenten. Ukrainische Dokumente als Ersatz für die in den selbsterklärten "Volksrepubliken" und auf der Krim ausgestellten zu erhalten, ist nur vor Gericht möglich; dabei werden die Binnenflüchtlinge von Menschenrechtsorganisationen unterstützt.

Weil es kein Verfahren für den Erhalt von Entschädigung für durch Kampfhandlungen zerstörten Wohnraum und verlorenes Eigentum gibt, wollen die durch Beschuss Geschädigten sich nirgendwo hinwenden und sich beschweren. Es ist nicht leicht, Unterlagen zu erhalten, die ihre Verluste, die Einleitung von Strafverfahren usw. bestätigen und die Menschen wollen sich damit nicht beschäftigen.

Weil fast alle Binnenvertriebenen ohne notariell beglaubigten Mietvertrag und nicht über ein Konto Wohnraum mieten, können sie keine Unterstützung bei der Zahlung von kommunalen Abgaben erhalten. Das Problem der Bereitstellung von Unterstützungsleistungen (die Leistungen sind an den Binnenflüchtling gebunden und "wandern" mit ihm weiter) muss entschieden werden.

Miete und Kommunalabgaben in den bereitgestellten Wohnheimen und Sanatorien sind ebenfalls hoch und von den Familien der Binnenvertriebenen schwer aufzubringen; diese Notwendigkeit bringt viele Familien an ihre Überlebensgrenze. Die Situation wird durch fehlende Arbeit für Binnenflüchtlinge erschwert. Besonders schwer ist Arbeit zu finden, wenn sie sich in kleinen Orten niederlassen, in denen es keine Fabriken oder andere große Betriebe gibt.

Es sei angemerkt, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Orten, die von der Beobachtungsmission besucht wurden, sich in den letzten etwa sieben Monaten merklich verbessert hat. Wir haben von vielen unserer Gesprächspartnern unter der örtlichen Bevölkerung nicht gehört, dass sie sich über das Verhalten der Armee beschweren; im Gegenteil wurde gesagt, dass die Militärverwaltung gut arbeite. Es gab auch keine Beschwerden über die Polizei, sondern es wurde mit Zufriedenheit erklärt, dass "die Polizei funktioniert".

*Die Mitglieder der Beobachtergruppe danken allen, die unsere Missionen ermöglicht und bei ihrer Durchführung geholfen haben – dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, dem Innenministerium der Ukraine, allen Mitarbeitern der Staats- und Verwaltungsbehörden und den Einwohner\_innen der Orte, in denen wir waren, die uns Interviews gegeben und ihre Sicht der Ereignisse geschildert haben.*

Der vorliegende Bericht ist im Rahmen des vom Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland geförderten Projektes „Europäische Unterstützung für effektives Menschenrechtsmonitoring in der Ostukraine“ entstanden.

Ziel des Projektes ist es, die systematische und kontinuierliche Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ostukraine auszubauen. Die europäische Vernetzung von Menschenrechtsorganisationen soll dazu beigetragen, dass die Öffentlichkeit detailliert und verlässlich über die Situation im ukrainischen Konfliktgebiet informiert werden kann.

Die Arbeit an diesem Projekt wird von der Überzeugung getragen, dass die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zu einer Einschränkung der Gewaltanwendung beitragen und Tätern verdeutlichen kann, dass sie nicht von Straffreiheit ausgehen können. Damit ist europäisches Monitoring von Rechtsverletzungen in der Ostukraine auch ein Beitrag, der Frieden stiften und damit Aussöhnung in der Zukunft möglich machen soll.

Das Projekt wird in der Ukraine von den Partnerorganisationen Kharkiv Human Rights Protection Group (<http://khpg.org/>) und VOSTOK SOS (<http://vostok-sos.org/>), in Deutschland vom Deutsch-Russischen Austausch e.V. Berlin (<http://www.austausch.org/>) zusammen mit dem Europäischen Austausch (<http://www.european-exchange.org/en/>) betreut. Ein weiterer Partner des Deutsch-Russischen Austausches ist u.a. die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte in Warschau ([www.hfhr.pl](http://www.hfhr.pl)).

**Dieser Bericht sowie weitere Informationen zur Menschenrechtslage in der Ostukraine sind online abrufbar unter <http://www.civicmonitoring.org/>.**

